

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge**

Band (Jahr): **180 (2012)**

Heft 37

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Kirchen- Zeitung

ZENTRALISIEREN HEISST VEREINNAHMEN

Ein Hilton-Hotel sieht aus wie das andere, bis in die Möblierung der Zimmer: Die Globalisierung setzt auf weltweit gleiche Muster. Alles unterwirft der Westen seiner wirtschaftlichen Logik. Sie gilt ja überall! Alles dient dem schnellen Geld. Vor dem Eisshauch dieses einheitlichen Zwecks gefrieren Gesellschaft, Politik und Kultur. Bewegungen dürfen sich nur noch Börsenkurse. Der Starkult gibt dieser schrecklichen Einförmigkeit ein Gesicht. Nur den Stars gilt Aufmerksamkeit und Respekt. Nur sie haben etwas zu sagen. Vermittler und Übersetzer scheinen überflüssig: So sieht Albert Rouet, emeritierter Erzbischof von Poitiers, unsere Zeit.

Die Gefahr, dass die Kirche die Welt abbildet

Die Kirche droht diese gefrierende Welt einfach abzubilden. Die Spitze regelt alles; die Vielfalt der

Meinungen ist verächtlich. Die Restauration gibt sich als einzig wahres Christentum aus; der Starkult lässt einförmige Bilder herrschen. Die Liturgie soll überall einheitlich sein, Botschaften und Regeln unmissverständlich, als könnte man sich an einzelnen Voka-

beln festhalten. Ein Materialismus der Worte! Aber diese bombenfesten Regeln haben Sinn nur für jene, die sich verschliessen. Für Aussenstehende sieht diese Kirche aus wie eine Ideologie, die auf alles eine Antwort hat. Und von denen es schon genug gibt. Und wer sich vom Starkult begeistern lässt, dessen Leben ändert sich nicht. Es geht ja dann nur noch um das Idol, die eigene Erfahrung bedeutet nichts. Und wenn die Kirche in einer ungerechten Gesellschaft die Privilegien einiger weniger verteidigt, wenn sie alle anderen als Minderjährige behandelt, leuchtet sie nicht. Wohl aber, wenn sie in einer Welt vereinsamernder Einzelner für Beziehungen steht, in denen man Mensch werden kann.

Einheitlich ist das Gegenteil von katholisch

Einheitlich ist das Gegenteil von katholisch. Vereinheitlichen heisst vereinnahmen, katholisch sein verbinden! Die Kirche soll den Menschen Raum geben, zu sagen, was sie zu sagen haben. Aber die Pfarrei funktioniert nach dem Modell eines mittelalterlichen Lehens: Der Pfarrer hat immer das letzte Wort. Deshalb hat das Bistum Poitiers unter Albert Rouet, Erzbischof von 1994 bis 2011, die meisten Pfarreien aufgelöst. Die Christen sollen sich in Ortsgemeinden organisieren und dazu fünf verantwortliche Personen finden: Die Pastoralbeauftragte kümmert sich um die örtliche Seelsorge; der Beauftragte für praktische Fragen sorgt für alles Finanzielle und um Aussenkontakte.

601
AUFBRUCH

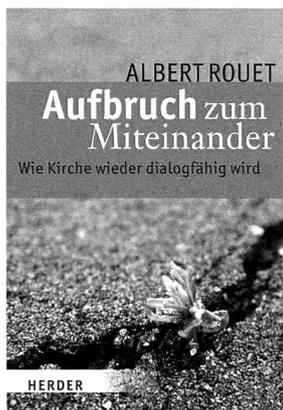
603
LESEJAHR

604
SYNODE 72

607
KIPA-WOCHE

612
KIRCHEN-
GESCHICHTE

614
AMTLICHER
TEIL



AUFBRUCH

Diese beiden werden gewählt. «Jeder weiss, warum sie da sind; eine Ernennung von oben kann ja willkürlich wirken. Ganz normale Selbstverwaltung!» Drei weitere Personen verantworten Verkündigung, Diakonie und Liturgie. Diese Charismen bedürfen der Sendung durch den Bischof. Die fünf Verantwortlichen sammeln je ein Team um sich. Wahl und Sendung erfolgen auf drei Jahre. Nur zwei Amtsperioden sind zulässig, damit der Zentralismus nicht in neuer Gestalt weiterlebt.

Vertrauen

Von so viel Verantwortung fühlen sich die Christen zuerst überfordert. Aber noch keine Gemeinde ist zusammengebrochen, weil niemand einen Ruf annähme. Langsam nimmt die Wahlbeteiligung zu. Auch Fernstehende nehmen teil: Mit dieser Art, die Frohe Botschaft zu leben, können sie etwas anfangen. Engagierten sich anfangs die üblichen Verdächtigen, so werden die Verantwortlichen mit jeder Wahl jünger. «Ich erfahre, dass umso mehr Früchte erscheinen, je mehr ich den Christen vertraue.» Vertrauen: das Stichwort. «Die Kirche ist dazu da, den Menschen das Evangelium anzuvertrauen.» Und die Priester? Sie leben in kleinen Gemeinschaften, sind unterwegs, besuchen die Orts-

gemeinden, feiern mit ihnen. Wie Gelenke und Sehnen verbinden sie die verschiedenen Gaben zu einem Leib und öffnen diesen zur weltweiten Kirche.

Aufbauendes Christentum

«Das Christentum richtet den Menschen auf und macht ihn zu einer verantwortlichen Person, die weiss, was sie tut, warum und für wen. Die Angst, die letzten Mohikaner zu sein, ist aus den Köpfen verschwunden. Jetzt kommt es darauf an, das geistliche Leben zu nähren»: Wie ein Gebet leiten, auf ein Sakrament vorbereiten? Doch bald drängen tiefere Fragen. «Ich bin Pastoralbeauftragte, und mein Mann lacht mich aus!» «Ich bin für Verkündigung verantwortlich. Aber wen interessiert das noch?» Auf diese Fragen, denen sich früher nur die Priester stellen mussten, kann nur die persönliche Auseinandersetzung mit dem Schicksal Jesu antworten.

Erzbischof Rouet sieht keinen Niedergang, sondern neue Chancen. 1940 gab es im Bistum Poitiers 800 Priester, 2010 noch 200. Aber über 10000 Christen, die in 320 Ortsgemeinden Verantwortung tragen. Rouet: «Das ist viel besser!»
Thomas Philipp

Eine packende Lektüre

Albert Rouet: Aufbruch zum Miteinander. Wie Kirche wieder dialogfähig wird. Ein Gespräch mit Dennis Gira. Aus dem Französischen übersetzt und eingerichtet und mit einer Würdigung versehen von Thomas Philipp. (Verlag Herder) Freiburg-Basel-Wien 2012, 220 S.

Nur selten lese ich eine Publikation in einem Zug durch, dies aber lohnt sich beim Interviewband mit dem vor kurzem emeritierten Erzbischof von Poitiers. Albert Rouet äussert sich darin zu fast allen aktuellen und für die gegenwärtige Kirche so bedeutsamen Fragen – einzelne Gedanken von ihm legt der Herausgeber der deutschen Übersetzung, Thomas Philipp, bereits im obenstehenden Frontartikel dar, einige weitere seien hier angeführt: Rouet warnt nicht nur vor der Erstarrung der (globalisierten) Welt, sondern auch vor der Erstarrung der Kirche und vor deren Verhärtung, wo die Vielfalt der Meinungen verdächtig ist. Dies sei eine Sackgasse, wobei «starke» Worte nicht immer die «richtigen» Worte seien. Mehr als den Relativismus sieht er die zusammenhangslosen Gewissheiten als Gefahr. «Der Glaube ist nicht in erster Linie eine Frage der Sprache, sondern eine Frage der Beteiligung» (S. 13). Der Einsatz für die westlichen Ausdrucksformen des Glaubens ist noch nicht Einsatz für den Glauben (22). Da das Pfarreisystem die Menschen nicht mehr kontrollieren kann, müssen wir mit unserer Botschaft überzeugen (26), dies kann aber nur in Form eines Austausches geschehen, wo Fragen Platz haben (29). «Etwas in den

Worten von gestern sagen, kann es verfälschen, weil der Sinn der Worte nicht mehr das Gleiche ist» (33). Rouet warnt vor simpler Propaganda und Begriffpositivismus: Theologie funktioniert nicht wie Chemie, und der Zweifel gehört zum Glauben, ja der geistliche Zweifel ist fruchtbar und garantiert, dass der Glaube ein Vertrauen bleibt. Rouet warnt vor allgemeingültigen Wahrheiten – «Die Wahrheit muss sich in der konkreten Erfahrung als schöpferisch erweisen» (76) –, ebenso vor dem Gleichen und der Gleichmacherei, die keinen Raum lassen, und er plädiert für die lebendige und eigenständige Subjektivität, für die Einheit in Vielheit und gegen Angst und Abschottung in der Kirche.

Auf der Suche – in Freiheit

Thomas Philipp: Wie heute glauben. Christsein im 21. Jahrhundert. Mit einem Vorwort von P. Hünermann. (Verlag Herder) Freiburg-Basel-Wien 2010, 198 S.

Viele Menschen sind heute auf der Suche, aber das Christentum wirkt oftmals nicht einladend, weil es sich häufig nicht mit den heutigen Freiheitserfahrungen zusammenbringen lässt. Über den Ansatz der Identität und die Suche des modernen Menschen nach seiner eigenen Identität und nach der Identität des Christentums zeigt der Autor einen neuen Weg auf. So erschliesst er die dreifache Gegenwart Gottes als unbegreiflichen Horizont (Gottvater), als Lebendigkeit und Sehnsucht (Hl. Geist) und als Wort, das im menschlichen Gegenüber begegnet (Christus).
Urban Fink-Wagner

Dr. Thomas Philipp studierte Theologie, Geschichte und Psychoanalyse. Nach Seelsorgetätigkeiten in Deutschland arbeitet er seit dem Jahr 2000 bei der Katholischen Hochschulseelsorge in Bern, deren Leitung er nun innehat.

Wie werden wir dialogfähig?

Unter diesem Titel steht die Veranstaltung mit Erzbischof Albert Rouet vom Freitag, 28. September 2012, in Bern, die um 18 Uhr mit einer Messfeier in der Dreifaltigkeitskirche beginnt. Der Vortrag von Erzbischof Rouet (mit nachfolgendem Gespräch und Apéro) um 19 Uhr findet im Gemeindesaal Rotonda, Sulgeneckstrasse 13, in Bern statt. Eine professionelle Simultanübersetzung ist gewährleistet.

«WENN NUR GOTT SEINEN GEIST AUF ALLE LEGTE!»

26. Sonntag im Jahreskreis: Mk 9,38–43.45.47–48

«Wer nicht gegen uns ist, ist für uns!» – «Wenn dich deine Hand zum Bösen verführt, hau sie ab!» Viel Spannung in einem Text.

Was in den Schriften geschrieben steht

Die Leseordnung bringt Mk 9 mit Num 11 ins Gespräch, Jesus mit Moses. In Num 11 geht es um den Umgang mit der prophetischen Geistkraft Gottes innerhalb des Volkes. Die Erfahrung ist offenbar, dass die Weite, wo sie will. Die Frage ist aber, ob es nicht dennoch gut ist, wenn trotzdem ausgewählt wird, wer dafür geeignet erscheint. Mose wählt 70 Älteste des Volkes aus. Er erstellt richtiggehend eine Liste (11,26). Ihnen wird die Geistkraft Gottes, die vorher auf Mose lag, zuteil, und diese wirkt sofort und anhaltend. «Sie gerieten in prophetische Verzückung, die kein Ende nahm» (11,25). Die Aufteilung der Geistkraft ist nicht zeitlich befristet. Und sie hält sich auch nicht an andere Grenzen. Das spielt der Text exemplarisch durch. Er erzählt (11,26–29), dass zwei der 70 im Lager zurückgeblieben waren. Auch sie werden vom Geist erfüllt. Josua, der spätere Nachfolger des Mose, sieht dadurch die Ordnung gefährdet und interveniert: «Mose, hindere sie daran!» Mose weist dieses Ansinnen zurück. Er will das Wirken der Geistkraft nicht eingrenzen, im Gegenteil, er stellt dem seine grosse Vision entgegen: «Wenn doch nur das ganze Volk Gottes zu Propheten würde, wenn nur Gott seinen Geist auf sie alle legte!» Die Auswahl, das Anlegen von Listen, ist vorläufig, soll überwunden werden im Namen Gottes. Das muss Josua und das müssen mit ihm alle Nachfolgerinnen und Nachfolger des Mose hier lernen. Das wird auch durch die Zahl der Ältesten unterstutzt. 7 und 70 sind in der Bibel Zahlen der Fülle. 70 meint alle. 70 ist das Gegenteil von exklusiv.

Andere biblische Schriften greifen die Vision des Mose auf. Joel 3 beschreibt die bevorstehende neue Zeit Gottes mit den bekannten Worten: «Eure Söhne und Töchter werden Propheten sein.» Söhne und Töchter, Alte und Junge, auch Knechte und Mägde werden vom Geist erfüllt. Und Apg 2 setzt das in der Pfingsterzählung als erfahrbare Wirklichkeit. Die Exklusivität der Geistbegabtheit ist definitiv beendet. Redet Numeri 11 nicht trotzdem einer Eingrenzung, nämlich der auf Männer das Wort? Umso mehr als das hebräische Wort *zekenim* ursprünglich «Bärtige» bedeutet? (Wären nichtbärtige Männer dann mit gemeint?) *zekenim* findet sich allerdings auch in Gen 18,11. Abraham

und Sara sind *zekenim*. «Und wenn die alte Sara mit einem Wort bezeichnet werden kann, welches grammatikalisch männlich ist und zudem noch auf den Bart der Alten zurückgeht, warum sollten dann nicht auch unter den Ältesten von 4 Mose 11 Frauen sein?», fragt Jürgen Ebach zu Recht.¹

Mit Markus im Gespräch

Der markinische Jesus steht in der Tradition des Moses, wenn er, allerdings weniger visionär, formuliert: «Wer nicht gegen uns ist, der ist für uns» (Mk 9,40). Johannes und andere Jüngerinnen und Jünger stehen in der Tradition des Josua und sehen dadurch die rechte Ordnung bedroht, dass jemand Gottes Kraft sichtbar macht – denn das heisst ja Wunder tun –, ohne auf einer Liste der Nachfolgemeinschaft Jesu zu stehen. Sie sollen hier etwas lernen wie die Josuas in Num 11. Mk 9 lenkt die Aufmerksamkeit auf das Verbindende oder doch mindestens auf das, was nicht trennt: «Keiner, der in meinem Namen Wunder tut, kann so leicht schlecht von mir reden.» Das Markusevangelium möchte die Kräfte stärken, die nach der Katastrophe des Krieges gegen die Römer und des innerjüdischen Bürgerkriegs, Dämonen austreiben und daran festhalten, dass Gott trotz allem immer noch heilsam im Volk Israel wirkt. Wer sich auf den Namen «Jesus» beruft, der «Gott rettet» bedeutet, der hält fest an der Rettung Israels. Und wer im Namen «Jesus» wirkt, der ja die latinisierte Form des hebräischen Josua ist, der steht in der Tradition des Josua, des Nachfolgers des Mose, der in Num 11 zu lernen begonnen hat, sich nicht für die Eingrenzung des Wirkens Gottes zu ereifern. Mk 9,41 macht aufmerksam für die, die denen einen Becher Wasser reichen, die sich zu Christus, zu Jesus als dem Messias bekennen. Markus möchte all die jüdischen Kräfte unterstützen, die nach der Katastrophe dieses Krieges nicht versuchen, andere Gruppen, insbesondere messianische Bewegungen, zu dämonisieren und auszugrenzen. Wer das tut, dem spricht er den Segen Jesu zu: «Er wird nicht um seinen Lohn kommen.»

Der zweite Teil des Evangeliums scheint konträr zur Botschaft des ersten Teiles zu stehen: vom Abhauen der Hand und des Fusses ist die Rede und vom Ausreissen des Auges, wenn sie zum Bösen verführen. Schlägt hier die Weite des ersten Teiles in rigide Selbstzucht und Gewalt gegen sich selbst um? Vielleicht kann auch hier Num 11, diesmal im Gespräch mit dem Apostel Paulus, einen Weg weisen. Num 11 spielt ja in-

nerhalb des Volkes Israel. Sein Bezugspunkt ist nicht ein einzelner Mensch, sondern eine soziale Gemeinschaft, das Volk Gottes. Die grosse Vision des Paulus sieht diese Gemeinschaft durch das Wirken des Messias als eine *Ekklesia* von Juden und Heiden oder weniger formelhaft, dafür aber geschlechtergerechter ausgedrückt, von jüdischen Menschen und Menschen aus den Völkern. Ihr Zusammenleben bezeichnet er als Leib des Messias, als Leib Christi (v.a. 1 Kor 12 besonders V. 27). Dieser soziale Leib, der auch andere Grenzen überwindet und ein Leib von Sklaven und Freien, Frauen und Männern ist, ist geprägt von Einheit in Verschiedenheit. Bildlich gesprochen gibt es Hände und Füsse und Ohren und Augen (12,16–17). Spricht Jesus in Mk 9, 43–47 auch in diesem sozialen Sinn von Händen und Füssen und Augen? Richtet sich der Blick nicht auf einzelne Menschen, sondern auf das Zusammenleben in der Nachfolgemeinschaft? Hat dann die Weite dort ihre Grenze, wo diese Gemeinschaft durch das Wirken einer Gruppe bedroht ist? Versucht Mk 9 das grosse Projekt der *Ekklesia* von Juden und Heiden auch nach der Katastrophe des Krieges gegen Rom zu retten? Tritt Jesus hier deswegen so radikal und kompromisslos auf, weil das Wesentliche in Frage steht? Wenn Hand, Fuss, Auge der *Ekklesia* sich gegen andere jüdische Gruppen wenden, wenn sie sich für die Trennung von Israel starkmachen, dann ist das Königtum Gottes in Gefahr. Dann ist es «besser, einäugig in das Reich Gottes zu kommen» (9,47). Zum Schluss wird Jes 66,24 zitiert. Der Vers steht im Kontext einer Verheissung für die Endzeit. Der Gott Israels wird die Völker aller Sprachen zusammenrufen, wird Menschen aus dem Volk Israel dorthin schicken, die Gottes grosse Taten verkünden, wird aus diesen Völkern Priester und Leviten – und ich ergänze im Sinne des Mose: Priesterinnen und Levitinnen – auswählen. Das ist die grosse Vision und Verheissung des Mose, des Jesaja, des Paulus und des Markus, die es in der Nachfolgemeinschaft Jesu zu bewahren gilt. Hier verläuft die Grenze zwischen Leben und Tod der *Ekklesia*.

Peter Zürn

¹Jürgen Ebach: SchriftStücke. Biblische Miniaturen. Gütersloh 2011, 47.

Peter Zürn, Theologe und Familienmann, ist Fachmitarbeiter der Bibelpastoralen Arbeitsstelle des Schweizerischen Katholischen Bibelwerks in Zürich.

DAS KONZIL ERREICHT DIE ORTSKIRCHEN

Nationale Synoden bei uns und in den deutschsprachigen Ländern

Das Kirchenvolk redet mit» – mit dieser eingängigen Beschreibung hat der Churer Kirchenhistoriker Albert Gasser die Synode 72 treffend charakterisiert. Bis heute trägt die Erinnerung an die Nachkonzilszeit die Signatur des Aufbruchs und der Hoffnung, vor allem aber der gelebten Partizipation durch Einbeziehung von Laien in kirchliche Entscheidungsprozesse.¹ Bereits beim Konzil waren es die immensen Erwartungen nach der Ankündigung gewesen, welche die ersten grossen Wirkungen gezeitigt hatten. In der Schweiz betrafen sie in besonderer Weise die Ökumene, auf welche die katholischen Theologen wie Charles Journet, Otto Karrer und Hans Urs von Balthasar hinarbeiteten. Hans Küng setzte 1960 gar den hoffnungsvollen Titel «Konzil und Wiedervereinigung» über eine programmatische Schrift, die grosse Aufmerksamkeit gewann – sie erlebte zahlreiche Auflagen und ein halbes Dutzend Übersetzungen. Als 1965 das Konzil endete, war die Dynamik noch immer greifbar; denn allein schon die Erneuerung der Liturgie liess die Menschen in jeder Pfarr- und Klosterkirche hautnah spüren, wie weit die Prozesse über die Ebene theoretischer Reflexion hinausgriffen.

Die deutschsprachigen Ortskirchen: Gemeinsamkeiten und Sonderwege

Für die lokale Umsetzung der im Konzil begründeten Neuausrichtung standen Synoden früh im Vordergrund. Der Weg hatte sich nach dem Konzil von Trient bewährt – bezeichnenderweise war man ihn nach dem Ersten Vatikanum nicht gegangen. Die Vorreiterrolle kam der niederländischen Kirche zu, in der schon während des Konzils wachsende Ungeduld sichtbar wurde.² Zwischen reformfreudigen und bewahrenden Kräften öffneten sich Gräben, so dass sich selbst der Utrechter Erzbischof Kardinal Jan Alfrink (1900–1967) Vorwürfen wegen fehlender Loyalität gegenüber dem Papst ausgesetzt sah. Im Dezember 1965 kündigten die niederländischen Bischöfe die Einberufung eines Provinzialkonzils an, doch die Eröffnung verzögerte sich, als im darauf folgenden Jahr der «Holländische Katechismus» publiziert wurde. Gegen den Inhalt gab es Widerspruch, weil der Glaube nicht in der hergebrachten Weise, sondern mit primärem Bezug zur Glaubenserfahrung präsentiert wurde. Die römische Kleruskongregation verlangte im März 1967 Korrekturen; erst als man sich auf ein ergänzendes Kapitel verständigt hatte, war der Weg frei für die Synode. Sie wurde von Anfang 1968 bis Frühjahr 1970 in Noordwijkerhout in sechs

Sessionen durchgeführt. Bereits hier kamen Themen zur Sprache, die später noch die Gemüter beschäftigen sollten, so die Lebensform von Geistlichen, das kirchliche Amt und die Ökumene. Einige der als Empfehlungen an den Papst formulierten Beschlüsse stiessen an der römischen Kurie auf Widerspruch und erweckten dort den Eindruck, die niederländische Kirche sei von einer Leitungskrise erschüttert. Dies bewirkte unter anderem, dass in der Folge bei Bischofsernennungen synodenkritische Geistliche den Vorzug erhielten, so 1970 Adrianus Simonis in Rotterdam und 1972 Johannes Gijzen in Roermond.

Auch in Deutschland waren die Bischöfe früh dazu entschlossen, die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse mit Hilfe von Synoden voranzutreiben. Da es hier mehrere Kirchenprovinzen gab, plante man eine übergeordnete Versammlung – die «Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland», nach dem Ort des Zusammentretens als «Würzburger Synode» bezeichnet.³ Sie tagte von 1971 bis 1975 in acht Vollversammlungen, zählte 316 Mitglieder und verabschiedete 18 Dokumente. Die Bischofskonferenz verfügte über ein Vetorecht, von dem sie bei den Themen «christliche Ehe», «offene Kommunion» und «Weihe Verheirateter» Gebrauch machte. Andere Beschlüsse überstanden zwar diese Hürde, scheiterten später jedoch am Widerstand der römischen Kurie – darunter die Voten zur «Laienpredigt» und zur Diakonenweihe von Frauen. Der wichtigste und bis heute aktuelle Text der Würzburger Synode ist das 1975 verabschiedete Dokument «Unsere Hoffnung», welches Johann Baptist Metz entworfen hatte. In vier Teilen stellt es das kirchliche Selbstverständnis dar: Der erste ist dem Glauben als praktizierter Hoffnung gewidmet, der zweite den verschiedenen Glaubenden selbst, der dritte den Wegen der Nachfolge und der vierte dem Thema «Kirche und Gesellschaft».

In Österreich hegten die Erzbischöfe von Wien und Salzburg, Kardinal Franz König und Andreas Rohrbacher, bereits 1965 die Absicht, mit Vorbereitungen für eine landesweite Kirchenversammlung zu beginnen.⁴ In den Jahren 1968 bis 1972 fanden in sieben der neun österreichischen Bistümer Diözesansynoden statt. Um die übergreifenden Fragen zu lösen, berief die Bischofskonferenz dann allerdings 1974 keine Nationalsynode, sondern sie organisierte den «Österreichischen Synodalen Vorgang». Die Teilnehmenden beschränkten sich auf programmatische Empfehlungen zu den vier Bereichen «kirchliche Dienste», «Gesellschaft», «Bildung» und «Medien»,

SYNODE 72

Dr. Markus Ries ist o. Professor für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät und Prorektor der Universität Luzern.

Der Artikel gibt den Vortrag wieder, den Prof. Markus Ries im Rahmen der Ringvorlesung «Synode 72» am 8. März 2012 an der Universität Luzern gehalten hat.

¹ Albert Gasser: Das Kirchenvolk redet mit. Die Synode 72 in der Diözese Chur. Zürich 2005. – Zu den grossen Hoffnungen in die Ökumene vgl.: Daniel von Allmen: Die ökumenische Bedeutung der schweizerischen «Synode 72», in: Reformation 24 (1975), 351–359.

² Zum Folgenden siehe: Jan Jacobs: Die Niederlande, in: Erwin Gatz (Hrsg.): Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 1. Paderborn u. a. 1998, 243–274; Ders.: Das Pastoralkonzil der Niederländischen Kirchenprovinz (1966–1970), in: Theologische Berichte 35 (2012) [im Druck].

³ Dieter Michael Feineis: Die Diözese Würzburg und das Zweite Vatikanische Konzil in den Jahren 1962 bis 1972, in: Wolfgang Weiss (Hrsg.): Zeugnis und Dialog. Die katholische Kirche in der neuzeitlichen Welt und das II. Vatikanische Konzil. Würzburg 1996, 214–259. – Zu den kirchenrechtlichen Strukturfragen für Deutschland: Winfried Aymans: Synode 72. Strukturprobleme eines Regionalkonzils, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 138 (1969), 361–388.

und sie vertrauten darauf, dass die kurz zuvor neu errichtete österreichische Pastoralkommission sich der Aufgaben annehmen werde. Für Ostdeutschland bestanden nicht eigene Bistümer, sondern entlang der innerdeutschen Grenze provisorisch abgetrennte «Jurisdiktionsbezirke».⁵ Sie hielten 1972 bis 1975 in Dresden eine gemeinsame Pastorsynode, deren Ergebnisse mit jenen der Synoden in den anderen deutschsprachigen Ländern vergleichbar sind. Allerdings herrschten hier besondere politische Rahmenbedingungen, so dass Fragen zur gesellschaftlichen Aufgabe der Kirchen nicht zur Sprache kommen durften.

In der Schweiz sind die Bistümer immediat, weshalb sich hier kein Provinzialkonzil durchführen liess. Einer übergreifenden Versammlung im Sinne der Würzburger oder der Dresdener Synode stand die traditionelle Heterogenität im Weg. Sie hatte sich vor dem Konzil deutlich gezeigt, als es dem Nuntius nicht gelang, die Schweizer Bischöfe zu einer gemeinsamen Konzilseingabe zu bewegen – allzu stark wirkte der kulturelle Pluralismus. Als einer der ersten sprach der Churer Bischof Johannes Vonderach öffentlich über die Umsetzung der Beschlüsse des Konzils. Auf einer Feier zu dessen Abschluss gab er am 22. Mai 1966 in seiner Kathedrale die Absicht bekannt, eine Diözesansynode einzuberufen. Zweieinhalb Jahre später, im Januar 1969, griff sein Bischofsvikar Alois Sustar, der spätere Erzbischof von Ljubljana, zusammen mit seinen beiden Amtskollegen Otto Wüst von Solothurn und Ivo Fürer von St. Gallen bei einer Sitzung im Hotel Du Nord in Zürich die Idee wieder auf – diesmal mit der Absicht, eine regionale Synode für die deutschsprachige Schweiz durchzuführen. Die Bischöfe von Chur, Basel und St. Gallen waren einverstanden, nicht jedoch die Generalvikare und die übrigen Bischöfe. Das Vorhaben kam auf die Agenda der Bischofskonferenz, und diese beschloss am 10. März 1969 die Einberufung einer gesamtschweizerischen Synode – zu einer Zeit, als das Provinzialkonzil in den Niederlanden bereits im Gang war.⁶

«Kooperativer Föderalismus»

In der Organisation der Synode manifestierte sich das gerne gepflegte schweizerische Sonderfall-Bewusstsein. Aufgrund der Voraussetzungen handelte es sich weder um ein Provinzialkonzil noch um eine Abgeordnetenversammlung nach deutschem oder österreichischem Muster, sondern um einen Anlass, der im Sinne eines «kooperativen Föderalismus» (Albert Gasser) beide Eigenschaften in sich vereinte. Jeder Bischof und der Abt von Saint-Maurice berief für das eigene Jurisdiktionsgebiet eine nach kanonischem Recht und kirchlicher Tradition organisierte Diözesansynode. Als Besonderheit wurden die sieben Versammlungen jedoch nach übergeordneten Plänen vorbereitet und durchgeführt. Auf diese

Weise funktionierte der Vorgang zugleich «von oben nach unten» wie «von unten nach oben».⁷

Für die Vorbereitung setzten die Bischöfe eine «Interdiözesane Vorbereitungskommission» (IVK) ein, dazu weitere Kommissionen für das Statut, für die Themen, für Information und für Finanzen sowie Subkommissionen für Wahlordnung, Geschäftsordnung und Interdiözesane Versammlungen. Ein Teil der Mitglieder hatte das Mandat von den Bischöfen, ein anderer von den Priesterräten, den Seelsorgeräten oder den Ordensgemeinschaften erhalten. Im November 1971 legte die IVK der Synode eine komplexe Zielsetzung zugrunde. Sie forderte erstens «eine Vertiefung und Verlebendigung des Glaubens», zweitens die Aufnahme der Beschlüsse des Konzils, «um sie unseren Verhältnissen entsprechend zu verwirklichen und weiterzuentwickeln», drittens auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, viertens das Gespräch mit den anderen christlichen Kirchen zu suchen und fünftens «das Bewusstsein eigener Verantwortung im Rahmen der Gesamtkirche [zu] stärken». Gefordert waren eine breite Abstützung und eine ausgebaute Partizipation: «Die Synode will die Mitverantwortung aller in Kirche und Welt fördern. Darum sind alle, Priester, Ordensleute und Laien, zum Mitberaten, Mitarbeiten und Mitbeten aufgefordert.» So wenig diese Zielsetzung im Nachhinein als spektakulär erscheinen mag, so sehr waren die Einzelheiten in der Vorbereitungszeit umstritten. Es gab mehrere Entwürfe und Neuformulierungen. Stein des Anstosses bildete die Präambel, welche die Kirche als Glaubensgemeinschaft beschrieb, die zur Neubesinnung herausgefordert sei.⁸ In der Schweizer Bischofskonferenz erhob sich in der Sitzung vom 2. März 1971 Widerspruch gegen dieses Kirchenverständnis. Man vermisste eine spezifisch katholische Sicht und monierte die fehlende Erwähnung der Kollegialität aller Bischöfe mit dem Papst, ja generell die Verbindung zwischen der Schweizer Kirche und der römischen Kurie. Zur Lösung der Differenz verzichteten die Bischöfe schliesslich in der Präambel ganz auf ekklesiologische Aussagen – ein Vorgang, welcher im Blick auf die späteren Beratungen als geradezu symptomatisch zu gelten hat: Immer noch war das kirchliche Selbstverständnis belastet von den langen Nachwirkungen des vorletzten Konzils; um Gegensätze nicht hervortreten zu lassen, zog man es vor, über Kontroverspunkte zu schweigen.

Alle sechs Diözesansynoden arbeiteten mit der gleichen Agenda und mit dem gleichen Zeitplan – die Tagungen fanden gleichzeitig und mit der gleichen Traktandenliste statt. Für die thematische Vorbereitung waren zwölf Sachkommissionen zuständig, welche je aus bis zu 15 Mitgliedern bestanden. Sie erarbeiteten Entwürfe, welche in den einzelnen Diözesansynoden beraten wurden.⁹ Zur übergeordneten Behandlung gemeinsamer Themen gab es eine

⁴ Wilhelm Rees: Der österreichische synodale Vorgang (1973/74), in: Theologische Berichte 35 (2012) [im Druck].

⁵ Josef Pilvousek: Die Katholische Kirche in der DDR, in: Gatz, Kirche und Katholizismus (wie Anm. 2), 132–158.

⁶ Gasser, Das Kirchenvolk (wie Anm. 1), 23–29.

⁷ Elisabeth Hangartner-Everts: Synode 72. Vom II. Vatikanischen Konzil zur Vorbereitung und rechtlichen Ausgestaltung der Synode 72. Luzern 1978; Alfred Stoecklin: Schweizer Katholizismus. Eine Geschichte der Jahre 1925–1975 zwischen Ghetto und konziliarer Öffnung. Zürich-Einsiedeln-Köln 1978, 236–271; Georges Bavaud: L'Expérience du Synode 72, in: Urs Altermatt (Hrsg.): Schweizer Katholizismus im Umbruch 1945–1990. Freiburg/Schweiz 1993, 307–323; Anne-Marie Höchli-Zen Ruffinen: Lieber Herr Bischof. Erinnerungen an die Synode '72, in: Alois Schifferle (Hrsg.): Miteinander [FS Anton Hänggi]. Basel-Freiburg-Wien 1992, 343–348; Manfred Belok: Die Synode 72 in der Schweiz (1972–1975), in: Pastoraltheologische Informationen 31 (2011); 21–43; Rolf Weibel: Konzilsrezeption und Partizipation: Die Synode 72, in: Diakonia 43 (2012) [im Druck]. – Für Beiträge und Anregungen zum vorliegenden Aufsatz danke ich den Teilnehmenden des Hauptseminars «Synodale Prozesse in den neuzeitlichen Kirchen. Partizipation und Herrschaft» im Frühjahrsemester 2011.

⁸ Zum Folgenden siehe: Hangartner-Everts, Synode 72 (wie Anm. 7), 52f. – Urs Eigenmann danke ich für den Zugang zu seinen persönlichen Synodenakten.

⁹ Die Themen: 1) Glaube und Glaubensverkündigung heute; 2) Gebet, Gottesdienst und Sakramente im Leben der Gemeinde; 3) Kirchlicher Dienst; 4) Kirche heute; 5) Ökumenischer Auftrag in unseren Verhältnissen; 6) Ehe und Familie im Wandel unserer Gesellschaft; 7) Verantwortung des Christen in Arbeit und Wirtschaft;

8) Soziale Aufgaben der Kirche in der Schweiz; 9) Beziehung zwischen Kirche und politischen Gemeinschaften; 10) Weltweites Christsein: Die Verantwortung der Kirche in der Schweiz für Frieden, Entwicklung und Mission; 11) Bildungsfragen und Freizeitgestaltung; 12) Information und Meinungsbildung in der Öffentlichkeit.

¹⁰ Pier V. Aimone: The Participation of Laypeople to the Diocesan Synods Immediately after Vatican II (1966–1983), Particularly in the Swiss Local Church, in: Alberto Melloni/Silvia Scatena (Hrsg.): Synode and Synodality. Münster 2005, 677–702; Markus Ries: Synodale Mitsprache und bürgerliche Demokratie in den Schweizer Kirchen, in: Peter Inhoffen u. a. (Hrsg.): Demokratische Prozesse in den Kirchen? Konzilien, Synoden, Räte. Graz-Wien-Köln 1998, 133–147.

¹¹ Helmut Geller (Hrsg.): 2000 Briefe an die Synode. Auswertung und Konsequenzen. Mainz 1971.

¹² Zuschriften wurden veröffentlicht: Alfred Dubach u. a. (Hrsg.): Lieber Herr Bischof. Antworten auf die Umfrage der Schweizer Bischöfe zur Vorbereitung der Synode 72. St. Gallen 1971.

¹³ «Si accede a quanto richiesto dai Vescovi svizzeri alle seguenti condizioni: a) Nella celebrazione dei Sinodi diocesani vengano evitati modi di procedere tali da creare pregiudizio all'autorità dei Vescovi. b) Il numero dei partecipanti laici (compresi i religiosi non sacerdoti e le religiose) (...) non deve superare quello dei sacerdoti. c) I laici siano di ineccepibile condotta et abbiano esperienza di vita parrocchiale e di organizzazioni cattoliche. d) La trattazione di certe questioni sia riservata al Clero. e) Non si trascuri di far conoscere chiaramente al pubblico che: «Unicus est in Synodo legislator Episcopus, ceteris votum tantum consultativum habentibus» (can. 362 CIC)» Zit. nach Hangartner-Everts, Synode 72 (wie Anm. 7), 82.

¹⁴ Beispiele für umgesetzte Entscheide der Basler Diözesansynode sind die jährliche

«interdiözesane Plenarversammlung». Sie bestand aus 200 Delegierten der Diözesansynoden und war damit der Struktur nach mit der Würzburger Synode vergleichbar. Die Kompetenz allerdings erhielt sie gleichsam von «unten»; denn es standen ihr nur jene Geschäfte zur Beratung zu, welche ihr die Diözesansynoden abtraten. Im Ergebnis hatte das Konzept zwei verschiedene Arten von Beschlüssen zur Folge: zum einen die normalen Synodenbeschlüsse in jeder Diözese, zum anderen übergeordnet verabschiedete Texte. Während die ersteren durch den jeweiligen Bischof in Kraft gesetzt wurden, hatten die letzteren in der Regel den Charakter von Empfehlungen zuhanden der Bischofskonferenz. Obwohl sie auf Entscheidungen beruhten, die organisatorisch auf einer höheren Ebene getroffen worden waren, hatten sie kirchenrechtlich einen deutlich niedrigeren Status.

Partizipation

Die Beteiligten erfuhren die nachkonziliaren Synoden als Ereignis der Partizipation.¹⁰ In den Niederlanden hatten die Bischöfe vor dem Provinzialkonzil den Dialog und den Einbezug der Gläubigen gesucht. Sie brachten das Gespräch in Gang, indem sie «Konzilsbriefkästen» eröffneten und mehr als 15 000 Gesprächsgruppen einrichteten. Das Erzbistum Wien beteiligte die Gläubigen mit Hilfe einer Fragebogenaktion an der Diskussion zu den Synodenthemen, ebenso die Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Hier stellte sich ein beeindruckender Erfolg ein: Die Deutsche Bischofskonferenz liess im Mai und im Juni 1970 insgesamt 21 Millionen Fragebogen unter die Gläubigen verteilen und erhielt 4,4 Millionen Antworten. Die Auswertungen wurden durch zwei repräsentative Umfragen mit Fragebogen und Interviews ergänzt und vertieft.¹¹ In der Schweiz erhielt die Ankündigung der Synode in der Öffentlichkeit zunächst nur ein bescheidenes Echo. Um das Interesse zur fördern, erliessen die Bischöfe Ende September 1969 einen Aufruf zur Mitarbeit und luden alle Gläubigen dazu ein, bei den zur Behandlung vorgeschlagenen Themen Prioritäten zu nennen und eigene Vorschläge einzubringen. Die Einladung zeitigte auch hier eine überwältigende Reaktion: 335 638 Personen beteiligten sich individuell oder in Gruppen mit Eingaben – insgesamt erhielt die Vorbereitungskommission 153 872 Antwortformulare und 10 413 Briefe. Die Auswertung erfolgte mit Hilfe von Lochkarten und Computern, was angesichts des damaligen Optimismus gegenüber dem technologischen Fortschritt für eigene Begeisterung sorgte.¹²

Wie in den anderen deutschsprachigen Ländern sollten auch in der Schweiz die Laien eigenständig und gleichberechtigt an der Synode teilnehmen. Ein Hindernis bildete das kanonische Recht, welches die Beteiligung auf Geistliche beschränkte. Die Schweizer Bischöfe ersuchten am 18. September

1969 bei der römischen Kurie darum, Laien an den Plenarberatungen und in allen Kommissionen gleichberechtigt einzubeziehen – mit dem Vorbehalt freilich, dass es den Bischöfen unbenommen sein sollte, einige Themen dem Klerus exklusiv zur Beratung zu unterbreiten. Nur vier Tage nach der Eingabe, am 22. September 1969, lag ein entsprechendes Indult vor – offenkundig war der päpstliche Nuntius bereits zuvor mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet worden.¹³ Auf dieser Grundlage wurden für jedes Bistum bis zu 200 Synodalinnen und Synodalen bestellt. Notwendig war die Einhaltung komplexer Proportionen: Im Bistum Basel bestand die Versammlung je zur Hälfte aus Geistlichen und zur Hälfte aus Laien; gegen die Bestimmungen des Indults wurden alle Religiösen dem Klerus zugerechnet. Auf Seite der Laien wählten die Gläubigen 77 Synodalen, die fremdsprachigen Missionen delegierten 13 Personen, und der Bischof ernannte zehn weitere. Auf Seiten des Klerus gab es 44 frei gewählte Mitglieder, sechs fremdsprachige Seelsorger, zehn vom Bischof ernannte Synodalen, zehn durch das allgemeine Kirchenrecht definierte Mandatsträger und je 15 weibliche und männliche Ordensangehörige. Sogar Quoten bestanden: Für Frauen lag sie bei einem Drittel, für Gläubige ausländischer Herkunft bei einem Siebtel, und den jungen Gläubigen im Alter von 16 bis 25 Jahren waren 15 Sitze garantiert. Für die Wahl der Laienvertretung kam zur Vermeidung regionaler Ungleichgewichte ein zweistufiges Verfahren zur Anwendung. In einem ersten Schritt wählten die Gläubigen in den Pfarreien ihre «Elektoren», anschliessend besetzten diese die 77 Sitze der Laiensynodalinnen und -synodalen.

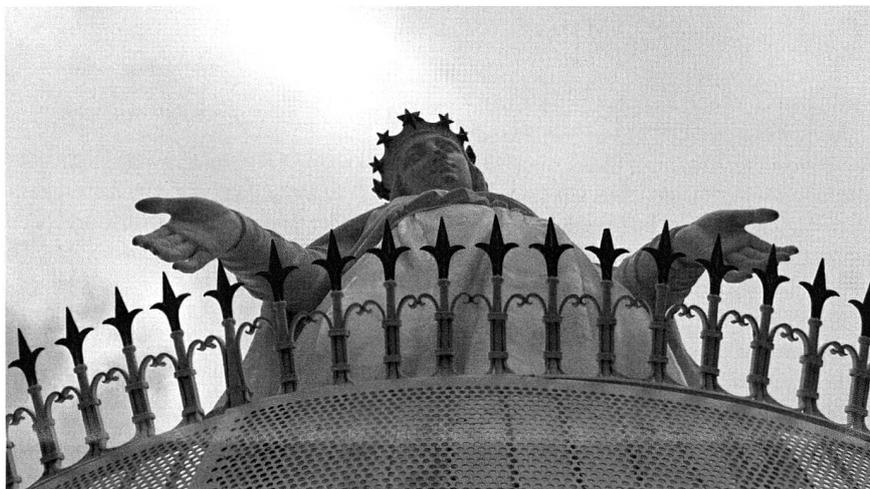
Eigenheiten und Folgen

Die Schweizer Synode 72, welche vom 23. September 1972 bis zum 30. November 1975 dauerte, zeigte ein sorgfältig ausbalanciertes Zusammenspiel verschiedener Kräfte, dazu geeignet, Interessen auszugleichen und zu harmonisieren. Ins Auge springt die Verbindung der gesamtschweizerischen und der diözesanen Ebene mit einer gemeinsamen Vorbereitung und einer dezentralen Durchführung. Die Prozesse waren aufeinander abgestimmt und durch die gesamtschweizerischen Versammlungen miteinander koordiniert. Im gleichen Masse ausgewogen und austariert war die Sitzverteilung in den Versammlungen: Klerus und Laien, Frauen und Männer, Einheimische und Ausländer(innen), Stadt und Land verfügten über definierte Anteile und waren als Gruppen gegen Marginalisierung geschützt. Der Lohn der Mühe waren breit abgestützte, im Konsens begründete Synodenbeschlüsse. Auf der anderen Seite hatte das komplexe System auch seinen Preis. Den Entscheidungen fehlte mitunter die innere Homogenität; denn die verabschiedeten Dokumente enthielten nebeneinander Texte unterschiedlicher Verbindlichkeit: einerseits

Zwischen Chaos, Vorfreude und Alarmbereitschaft

Der Papst reist am Freitag in eine angespannte Region

Von *Andrea Krogmann*



Notre-Dame de Harissa, Schutzpatronin des Libanon

Beirut. – Bis zur syrisch-libanesischen Grenze sind es vom ruhigen Beirut keine drei Stunden Fahrt. Zwischenfälle in Tripoli und Beirut haben gezeigt, wie schnell die Ereignisse beim syrischen Nachbarn Auswirkungen auch im Libanon haben können. Dennoch, vielleicht gerade deswegen, werden libanesischen Kirchenführer und der Vatikan wenige Tage vor der geplanten Papstreise nicht müde zu betonen, dass es keinen Grund gebe, an deren Durchführung zu zweifeln.

Stärkung für das libanesisches "Beispiel der Koexistenz" der Religionsgemeinschaften soll der Papstbesuch – der zweite in fünf Jahren – sein und damit Friedenszeichen für eine ganze Region in einer schwierigen Umbruchphase.

Für zahlreiches Erscheinen werben die maronitischen Bischöfe des Landes bei ihren Gläubigen. Der Aufenthalt Benedikts XVI. soll zu einem "wahren Frühling für die Christen und die Menschen der Region" werden. Vertreter der politischen Parteien einschliesslich der Hisbollah begrüßten den Besuch ebenso wie führende Vertreter des Islam.

Landesweit hat inzwischen die heisse Phase der Vorbereitungen begonnen. Spät, wie manche Gläubige kritisieren, denen die Zeit der geistlichen Einstimmung zu knapp erscheint. Und nicht ohne organisatorische Probleme. Doch eine gewisse Portion Chaos gehört im Orient offenbar dazu, selbst bei hohem Besuch.

Eine Rekordteilnahme aus- und inländischer Journalisten vermehren libanesischen Medien. Die eigens eingerichteten Akkreditierungsstellen sind mit dem Andrang überfordert; viele Medienleute warten noch auf erforderliche Bestätigungen und Ausweise. Lediglich Absagen für jene, die nicht die Zulassungsbedingungen erfüllen, werden derzeit termingerecht verschickt. Pannen auch bei den Online-Anmeldungen für das geplante Jugendtreffen mit dem Papst. Die Anmeldefrist wurde kurzerhand verlängert, das Formular allerdings funktionierte zunächst weiterhin nicht.

Internetpanne?

Für Erstaunen sorgte die Vorabveröffentlichung einiger Redetexte, die Kir-

Editorial

Schlechter Ratgeber. – Angst ist kein guter Ratgeber, heisst es. Dennoch ist sie manchmal berechtigt. Ob die fragile Sicherheitslage im Nahen Osten oder Veränderungen in wohlvertrauten Strukturen: Nicht immer können wir unsere Angst ablegen. Wenn es jedoch gelingt, sie anzunehmen, ermutigte der Dominikaner Jean-Claude Lavigne am Wochenende die zur Tagsatzung versammelten Ordensleute, kann Angst zur Triebfeder für Neues werden.

Dass der Papst in eine Krisenregion reist, beunruhigt so manchen im Westen, und sicher ist die Sorge nicht unberechtigt. Dass der Papst trotzdem kommt, ist für die Menschen vor Ort eine wichtige Botschaft angesichts der Angst vor einem weiteren Krieg.

Die prekäre Finanzlage zwingt die Schweizer Bischöfe zu einschneidenden Sparmassnahmen – verständlich, dass dies Ängste auslöst. Von den Ausführenden verlangt die Situation Fingerspitzengefühl und Dialogbereitschaft. Die Ängste der Betroffenen gilt es ernstzunehmen: damit am Ende nicht um einzelne einzuspärende Stellenprozent gekämpft wird, sondern mit der Angst als Triebfeder gemeinsam und mutig etwas Neues erarbeitet werden kann.

Angst zulassen: Ja – gelähmt in ihr verharren: Nein. Denn dann ist die Angst ein schlechter Ratgeber.

Andrea Krogmann

Das Zitat

Aktuelle Botschaft. – "Zwei Einsichten sollen sie mitnehmen: Erstens, dass Spiritualität und Gottsuche etwas Anderes ist als der Glaube an eine bestimmte Religion. Und zweitens sollen sie erkennen, dass Jesus für uns heute noch immer eine aktuelle Botschaft hat, die Leitbild für unser Handeln sein kann."

Der deutsche Liedermacher Konstantin Wecker hat ein Passionsspiel komponiert, das 2013 in Luzern aufgeführt wird. Seine Kernbotschaft für den Besuchern erläuterte er im Gespräch mit dem Pfarreiblatt Luzern. (kipa)

Rolf Sigg. – Der reformierte Pfarrer, Psychologe und Mitgründer der Suizidhilfeorganisation Exit hat den Publikumspreis des "Prix Courage" erhalten. Rund 500 Menschen haben der 95-Jährige auf deren Wunsch von ihrem Leiden erlöst. (kipa)

Bechara Rai. – Der maronitische Patriarch hat zu Frieden und Einheit im Libanon aufgerufen. Die Libanesen müssten vereint nach einer Lösung ihrer Probleme suchen, betonte Rai, der gleichzeitig bedauerte, dass der syrische Konflikt bereits Auswirkungen auf Teile des Nordlibanons habe. (kipa)

Martin Grichting. – Der Churer Generalvikar bedauert, wenn sein Mail an die romanische Tageszeitung "La Quotidiana" als Votum gegen das Rätomanische verstanden wurde. Grichting hatte an die Redaktion geschrieben: "Ich kann eigentlich nur froh sein, dass in diesem Land bald niemand mehr Romanisch versteht." (kipa)

Dieter Graumann. – Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland empfindet es in der Diskussion um die Beschneidung als "unerträglich, dass man uns Juden als Kinderquälerei abstempelt und jüdisches Leben als ein Stück illegitim dargestellt wird". Nirgends auf der Welt werde von Beschneidungskritikern mit so "schneidender Schärfe, unerbitterlicher Härte und diesem rüden Anklagetone" argumentiert wie in Deutschland. (kipa)

Rowan Williams. – Der Primas der anglikanischen Staatskirche von England sieht keine Tendenz zur Christenverfolgung in Grossbritannien. Im Vorwort eines Sammelbandes, der in den kommenden Tagen erscheinen soll, widerspricht der Erzbischof von Canterbury evangelikalen Vertretern seiner Kirche, die sich zuletzt scharf gegen Gerichtsurteile und Gesetzesinitiativen gewandt hatten und fordert von den Christen argumentative Stärke. (kipa)

Duri Clemens Lozza. – Der Bündner Pfarr-Resignat ist am 1. September im Alter von 92 Jahren in Savognin GR gestorben. Er wurde 1943 zum Priester geweiht. Lozza war Domvikar, Kathedralbenefiziat und hat sich als Autor geistlicher Literatur für Katechese, Liturgie und Kirchengesang in romanischer Sprache betätigt. (kipa)

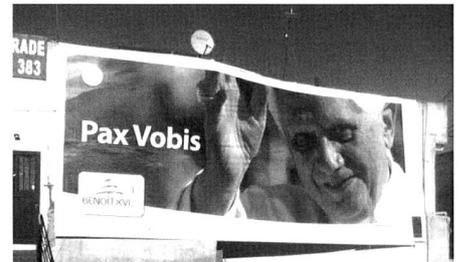
chenführer am Freitag bei der feierlichen Unterzeichnung des Nachsynodalen Schreibens zur Nahost-Synode halten sollen. Ein Fehler des Webmasters, mutmassen einige. Und tatsächlich war die entsprechende Rubrik tags darauf auf der Internetseite zum Papstbesuch nicht mehr zu finden. Dabei enthielten die Manuskripte durchaus Gesprächsstoff. So fordert etwa der melkitische Patriarch Gregoire III. Laham darin den Vatikan auf, einen Palästinenserstaat anzuerkennen.

Besorgnis im Westen

Das Bild, das Medien, aber auch Kirchenvertreter im Westen von der bevorstehenden Reise zeichnen, ist vor allem vom Aspekt des Risikos geprägt. Kleinste Unruhen im Zedernstaat werden aufmerksam beobachtet und auf ihren möglichen Einfluss auf die Reisepläne abgeklopft – zum Leidwesen der libanesischen Gastgeber. Deren nationale Presse verleitet dies mitunter zu spitzen Kommentaren: Angeschossen worden sei zuletzt ein Papst an einem Ort, der als einer der sichersten überhaupt gilt: auf dem Petersplatz in Rom.

Ganz ohne Sorge um die Sicherheit des Papstes geht es allerdings auch in libanesischen Kreisen nicht zu. Die Sicherheitskräfte seien in Alarmbereitschaft, verkündete Ende der Woche der

Koordinator des Besuchs. Die Sicherheitsvorkehrungen wurden massiv verstärkt, denn die Lage im Libanon ist mit dem blutigen Konflikt im Nachbarland Syrien seit Frühjahr immer instabiler geworden. Dennoch gibt man sich betont gelassen: "Alle Eventualitäten wurden geprüft", so Abdo Abou Kassem, Direktor des katholischen Medienzentrums im Libanon, vor den Medien: "Wir haben Vertrauen in die libanesische Sicherheit."



Libanons Christen warten auf den Papst

Und die Christen? Viele, vor allem viele Jüngere, freuen sich auf Benedikt XVI. "Der Libanon ist kein Land, er ist eine Botschaft des Friedens an die Region und an die Welt", heisst es immer wieder in Anspielung auf den Papstbesuch 1997. Im Libanon will man an dieser Botschaft festhalten. Die Region hat es allemal nötig. (kipa / Bilder: Andrea Krogmann; Pressebild)

Strukturänderungen bei Justitia et Pax

Schweizer Bischöfe wollen Gespräch mit zurückgetretenem Vorstand suchen

Rom. – (Kipa) Der designierte Präsident der Schweizer Bischofskonferenz (SBK), der St. Galler Bischof Markus Büchel, hat Gesprächsbereitschaft gegenüber dem aus Protest gegen geplanten Strukturänderungen zurückgetretenen Vorstand von Justitia et Pax signalisiert.

Das Sekretariat der bischöflichen Kommission befindet sich heute in Bern und soll nach Freiburg verlegt werden. Die bisher 220 Stellenprozente sollen auf maximal 80 Prozent gekürzt werden.

Der vierköpfige Vorstand der Kommission trat vergangene Woche aus Protest geschlossen zurück. Dessen Präsident, der Tessiner Kapuziner Martino Dotta, warf den Bischöfen mangelnde Gesprächsbereitschaft vor.

Kommunikationsschwierigkeiten

"Bei einem solchen Prozess, bei dem ein Leitungsgremium die Führung übernimmt, kann es zu Kommunikationsschwierigkeiten kommen", erklärte

Büchel am Donnerstag, 6. August gegenüber Radio Vatikan. Es könnten nicht mehr Stellen besetzt werden, "als wir es uns leisten können". Die Bischöfe müssten deshalb bei verschiedenen Kommissionen wie beispielsweise für Medien und bei Justitia et Pax Stellen abbauen. Das solle aber dadurch ausgeglichen werden, dass durch die Verlegung nach Freiburg Synergien geschaffen werden. Man wolle nun mit dem Vorstand der Kommission nochmals darüber sprechen, so der St. Galler Bischof.

Die Reorganisation soll über Synergien das Sekretariat effizienter gestalten, sagte SBK-Präsident Brunner am Donnerstag, 6. August, in Bern vor der Presse. Die "prekäre" finanzielle Situation zwingt die Bischöfe zu diesen Sparübungen. Unklar ist, wie die Kompetenzen im künftigen SBK-Sekretariat verteilt werden. Die Pflichtenhefte für die einzelnen Stellen würden noch erstellt. (kipa)

Ökumenische Ungeduld

Aufruf prominenter Christen will Debatte in Gang setzen

Von Norbert Zonker

Berlin. – Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Diesem Grundsatz sieht sich eine Initiative prominenter deutscher Christen aus Politik und Gesellschaft verpflichtet. 500 Jahre nach der Reformation und 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) sei es an der Zeit, die Kirchenspaltung zu überwinden, heisst es in ihrem Aufruf "Ökumene jetzt".

"Als Christen im Land der Reformation stehen wir in der besonderen Verantwortung, Zeichen zu setzen und dazu beizutragen, den gemeinsamen Glauben auch in einer gemeinsamen Kirche zu leben", bringen die 23 Erstunterzeichner ihr Anliegen auf den Punkt.

Offizielle kirchliche Reaktionen kommen unmittelbar im Anschluss. Sie loben das Anliegen der Initiatoren, danken für ihr Engagement, verweisen aber auch auf die noch offenen ökumenischen Fragen. Über mangelnde Aufmerksamkeit können sich die Unterzeichner, darunter Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, nicht beklagen.

Doch geht es ihnen nach eigenem Bekunden um mehr als um Aufmerksamkeit. Thierse spricht von einem "Ausdruck unserer Ungeduld", von Weizsäcker sieht gar einen "neuen Sonnenaufgang" in den festgefahrenen ökumenischen Beziehungen. Mehr oder weniger ausdrücklich treibt viele ein gewisses Misstrauen gegenüber den "Amtspersonen" (von Weizsäcker). Bisher habe es immer nur Theologengespräche gegeben, beklagt die frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, "damit räumen wir jetzt auf". Die verschiedenen Traditionen müssten als "Reichtum" anerkannt werden, ohne dabei immer das Trennende zu betonen und das "dogmatische Schwert" zu schwingen. Und Christian Führer, ehemals Pfarrer an der Leipziger Nikolai-Kirche, meinte gar, er erwarte "nichts" von der Hierarchie: "Von oben ist noch nie etwas gewachsen."

Eine Debatte eröffnen

So soll der Aufruf nach Angaben Thierses vor allem eine Debatte eröffnen. Deshalb habe man sich auch ausdrücklich gegen die Aufnahme konkreter Forderungen in den Appell

entschieden. Konkretes solle sich vielmehr im Verlauf der Diskussion entwickeln, für die eine eigene Internetplattform (www.kreuz-und-quer.de) eingerichtet wurde. Darüber hinaus, so Lammert, der offenbar federführend in der Initiative ist, hätten alle Christen die Möglichkeit, sich persönlich durch Unterschrift dem Aufruf anzuschliessen.

Dessen konkrete Zielrichtung bleibt jedoch, über den dringenden Appell zur Überwindung hinaus, diffus. Was genau ist damit gemeint, wenn es heisst: "Wir wollen nicht Versöhnung bei Fortbestehen der Trennung, sondern gelebte Einheit im Bewusstsein historisch gewachsener Vielfalt"? Was folgt aus der Erkenntnis, dass für die dauerhafte Trennung der Kirchen im 16. Jahrhundert "Machtfragen wichtiger als Glaubensfragen" wurden? Ohne Präzisierungen in solchen Fragen, so der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Friedrich Weber, "bleibt zu befürchten, dass der Text in seiner Unbestimmtheit und Offenheit zwar von vielen Seiten Zustimmung finden kann, letztlich jedoch wirkungslos bleiben wird. Das wäre schade."



Aufruf "Ökumene jetzt": Rund 3.000 Unterschriften sind inzwischen zu den Erstunterzeichnern hinzugekommen

Und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, gibt zu bedenken: "Wenn die Einigung nicht auf Sand gebaut sein soll, muss das praktische Bemühen im Konkreten einhergehen mit der theologischen Vergewisserung im Grundsätzlichen."

Die Initiatoren der Erklärung können auf jeden Fall als ersten Erfolg verbuchen, dass sie das Thema Ökumene wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ob nun auch ein ökumenischer "Ruck" durch die Kirchen geht, muss sich zeigen. (kipa)

Auf freiem Fuss. – Das unter dem Vorwurf der Blasphemie in Pakistan verhaftete christliche Mädchen Rimsha kommt frei. Drei Wochen nach ihrer Verhaftung verfügte ein Gericht in Islamabad die Freilassung gegen Kaution. Rimsha ist nach ärztlicher Meinung höchstens 14 Jahre alt und geistig behindert. (kipa)

Grün. – Papst Benedikt XVI. hat ein erstes Elektroauto für den persönlichen Gebrauch: ein Renault-Sondermodell in Weiss mit Papstwappen und dem Nummernschild "SCV 1". Der nicht gepanzerte Kastenwagen soll vorrangig für den internen Gebrauch in Castel Gandolfo und im Vatikan genutzt werden, wo keine besonderen Sicherheitsmassnahmen nötig seien. (kipa)

Schöpfungszeit. – Mit Gottesdiensten und weiteren Veranstaltungen wird in den europäischen Kirchen die "Schöpfungszeit" gefeiert. Die von "Oeku Kirche und Umwelt" seit 1993 gestaltete Aktion steht in diesem Jahr unter dem Thema "Umweltgerechtigkeit, Wachstum und Hoffnung". (kipa)

Jüdische Solidarität. – Prominente jüdische Vertreter und Schüler des Jerusalemer "Elijah Interfaith Instituts" haben den Trappisten von Latrun in einem Brief ihre Solidarität und ihre Verachtung über die Vandalenakte gegen das Kloster zum Ausdruck gebracht. Mutmasslich radikale Siedler hatten letzte Woche eine Klostertür in Brand gesteckt und Wände mit antichristlichen Graffiti beschmiert. (kipa)

Wie gehabt. – Die Pfarrerinnen und Pfarrer des Kantons Bern werden weiterhin vom Kanton bezahlt. Der Grosse Rat, das Kantonsparlament, hat es abgelehnt, einen Bericht über einen Systemwechsel in Auftrag zu geben, wie es der SP-Grossrat Adrian Wüthrich in einem Vorstoss gefordert hatte. Die Kirchen zeigten sich "froh über diese öffentliche Debatte" über die seit 1804 geltende Regelung. (kipa)

Vor Verkauf. – Die reformierte Kirche von Melide könnte für rund 320.000 Franken an die russisch-orthodoxe Gemeinde im Tessin verkauft werden. Zuletzt kamen nur mehr drei bis fünf Personen zu den Gottesdiensten. (kipa)

Die Angst annehmen und überwinden

250 Teilnehmer an der "Tagsatzung der Ordensleute" 2012 in Freiburg

Freiburg. – 250 Ordensleute aus über 100 Gemeinschaften der ganzen Schweiz sind am Wochenende in Freiburg zu ihrer "Tagsatzung" zusammengekommen. Die Grüsse der Schweizer Bischofskonferenz überbrachte Joseph Roduit, Abt von Saint-Maurice.

Die vierte "Tagsatzung der Ordensleute" stand unter dem Motto "Fürchtet euch nicht". Viele Orden stehen vor der gleichen Situation. Der französische Dominikaner Jean-Claude Lavigne umschrieb in seinem Vortrag am Samstag an der Universität Freiburg die Situation mit dem Wort "Angst".

In den Klöstern komme es zu geschwisterlichen Begegnungen und das Gebet habe seinen Platz. Aber die Angst habe auch dort verschiedene Formen: Die Angst vor dem Ende, die Angst vor dem Anderen, die Angst vor sich selbst und die Angst vor dem Neubeginn.

Leben, akzeptieren, überwinden

"Wir sind keine Helden, aber wir sind Leute, welche ihre Angst bewältigen", erklärte Jean-Claude Lavigne. Man brauche nicht "super" zu sein, um für die Anderen offen zu sein. Gleichzeitig mahnte er: "Es gibt aber noch viel zu tun, um zu zeigen, dass das religiöse Leben fröhlich machen kann. Und dass wir dieses Leben aus diesem Grund gewählt haben."

Der Hauptreferent an der "Tagsatzung der Ordensleute" prägte die Aussage: "Die Angst ist das Leben. Das Leben ist die gelebte, akzeptierte und überwundene Angst." Um seine Worte zu

illustrieren, wählte er das Beispiel des Kindes, das lernt, Velo zu fahren. Es könne die Angst verstärken, wenn man sich ständig bemühe, sie zu verdrängen, sie nicht auszusprechen oder sie mit einer ausschliesslich positiven Haltung zu verwischen.

Für einen Christen heisse dies: Er darf das Beispiel des Kreuzes nicht gering machen, der Angst, welche das Kreuz zum Ausdruck bringt. "Die Zeichen des Todes können im Leib des auferstandenen Christus nicht beseitigt werden." Für das Leben könne die Angst eine Triebfeder sein, denn Wagemut und Kühnheit seien dann nicht weit.

"Befreiende Rückkehr ins Jetzt"

Angesichts des Endes auch von Ordensgemeinschaften lud der Dominikaner die Ordensleute zu einer "befreienden Rückkehr ins Jetzt" ein. Jeder Augenblick müsse zu einer Erfahrung der Ewigkeit werden. Der Redner zeigte sich überzeugt, dass das religiöse Leben über den "Personen in den Institutionen" stehe. Diese Lebensform sei in Europa über 1.500 Jahre alt und habe schon verschiedenen Wechsel erfahren.

Zurückgehende Zahlen

Die Tagsatzung wird jeweils von der Konferenz der Vereinigungen der Orden und Säkularinstitute der Schweiz organisiert. Der Konferenz gehören 175 Orden und Kongregationen an. Heute leben in der Schweiz rund 1.250 Ordensmänner. Um 1960 waren es 3.000. Ordensfrauen werden heute 4.000 gezählt, das sind 1.700 weniger als vor zehn Jahren. (kipa)

Das entscheidende T. – "Pastoralräume" liest die eilige Besucherin auf der Homepage des Bistums Basel. Sofort beginnen inwendig, wunderbare Vorstellungen Gestalt anzunehmen. Von einem gelingenden Miteinander in der Pfarrei, in dem alle am selben Strick ziehen und alle dort, wo sie ihre Talente einsetzen können. Von einer Pastoral, die stets Türen öffnet und niemals welche zuschlägt. Von Offenheit auch für jene, die angeblich am Rande der Kirche stehen. Von einem Platz für alle rund um Kirche und Pfarrhaus herum. Von einer Pfarrei, die blüht und wächst und Früchte trägt. Ein richtiges Paradies spriesst da hervor.

Doch natürlich steht da "Pastoralräume", ohne T, ganz technisch und traumlos. Manchmal ist halt schöner, was da nicht steht. Oder was das Herz ganz unbewusst daraus macht.

Schon Jim Morrison soll gesagt haben: Alle Menschen haben ein Paar Flügel, aber nur wer träumt, lernt fliegen.

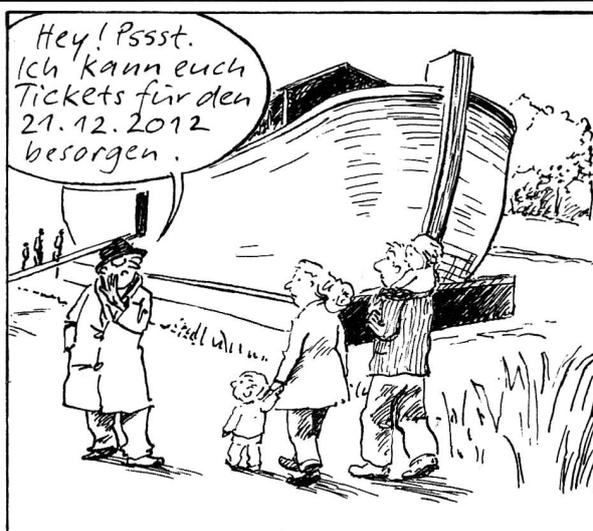
pem (kipa)

Die Zahl

30. – Straftlassene, Drogensüchtige, Obdachlose: In Haifa leistet die palästinensisch-schweizerische Familie Shehade-Bieger seit 1982 Randständigen Hilfestellung und bietet Präventiv-Programme für Kinder und Jugendliche aus schwierigen familiären Verhältnissen. Am Freitag feierte das unter anderem vom Schweizer Karwochenopfer unterstützte Projekt sein 30-jähriges Bestehen. (kipa)

Zeitstriche

"Bibelschiff". – Der 70 Meter lange und 13 Meter hohe hölzerne Nachbau der biblischen Arche Noah des niederländischen Puppenspielers Aad Peters will Jung und Alt Geschichten und Grunderfahrungen der Bibel nahebringen. Nach 14 Monaten in Köln reist das Bibelschiff jetzt wieder zurück nach Holland. Karikatur von Monika Zimmermann. (kipa)



Impressum

Redaktion dieser Ausgabe:

Andrea Krogmann

Kipa-Woche erscheint jeden Dienstag und wird von der Katholischen Internationalen Presseagentur in Zürich herausgegeben.

Kipa-Woche, Postfach 1863, 8027 Zürich
Telefon: 044 204 17 84, Fax: 044 202 49 33,
kipa@kipa-apic.ch, www.kipa-apic.ch

Abonnemente:

Telefon: 026 426 48 31, Fax: 026 426 48 30
administration@kipa-apic.ch

Jahresabonnement: Fr. 145.30 (inkl. MWST)
per E-Mail als PDF-Datei Fr. 70.35

Für Zahlungen: Post-Konto 17-337-2

Ein Nachdruck (ganz oder teilweise) in Publikationen ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe möglich.

die Berichte der jeweiligen Vorbereitungskommission, andererseits die kirchenrechtlich verbindlichen, bischöflich approbierten Synodenbeschlüsse. Bei den letzteren waren jeweils einige Kapitel dadurch herausgehoben, dass sie auch von der gesamtschweizerischen Delegiertenversammlung angenommen worden waren. Die Heterogenität fand ihre Fortsetzung in sehr unterschiedlichen Arten der Rezeption: Zahlreiche Entscheidungen wurden verwirklicht, andere blieben unausgeführt und versanken in Archivschateln. Je nach Gegenstand lag die Verantwortung für Umsetzung oder Nichtumsetzung bei ganz unterschiedlichen Instanzen: bei der römischen Kurie, bei der Bischofskonferenz, bei den Bischöfen, bei den Pfarreien oder bei den Landeskirchen.¹⁴

Die Synode 72 zeichnete sich unter anderem aus durch den Versuch, Elemente von Partizipation und Föderalismus kunstvoll in die bestehende Elemente der kirchlichen Tradition zu integrieren. Dank der herrschenden Aufbruchstimmung, der Dynamik aus der Konzilszeit und eines beträchtlichen Aufwandes gelang dies in beeindruckender Weise. So zeigten die Akteurinnen und Akteure Bereitschaft, bei der Berechnung der Quoten kirchliche Vorschriften mit Augenmass und mit der notwendigen Grosszügigkeit anzuwenden. Mit der Organisationsform liessen sich mehrere Ebenen produktiv miteinander verbinden und aufeinander abstimmen – ein gelungenes Beispiel für Subsidiarität und Solidarität. Ein Preis dieser Errungenschaft war eine starke Innenwendung: Die ausgeklügelte Mechanik war nicht darauf angelegt, über die Schweiz hinausreichende Dialogprozesse anzustossen. Die Synode reproduzierte damit eine Eigenheit des helvetischen Selbstverständnisses; denn Ausgewogenheit und breite Beteiligung an Entscheidungsfindung können eine übergreifende Integration behindern und sogar den Blick für deren Notwendigkeit verstellen.¹⁵ Um eine Fortwirkung zu ermöglichen, beschlossen die Synoden die Einrichtung eines schweizerischen Pastoralrates, welcher der Bischofskonferenz zugeordnet sein sollte. Die Pastoralplanungskommission erarbeitete ein Statut und legte es in Rom zur Approbation vor – mit einem negativen Bescheid vom 30. September 1977: Das Gremium konnte nicht errichtet werden, weil es der kirchlichen Rechtsordnung widersprochen hätte. Als Ersatz fanden darauf 1978 in Einsiedeln und 1981 in Lugano unter der Bezeichnung «Pastoralforum» zwei grosse Nachfolgeversammlungen statt. Beide zeitigten keine bleibenden Ergebnisse, weshalb die Sache nicht weitergeführt wurde. Die Schweizer Bischofskonferenz hatte 1992 die Absicht, für das Jahr 1995 eine gesamtschweizerische pastorale Versammlung einzuberufen, doch der Plan liess sich nicht durchführen.¹⁶

Die weitere Entwicklung verlief auch in den anderen Ländern nicht geradlinig. In Deutschland gab es seit 1983 das Bestreben, die Tradition fortzu-

setzen und eine neue Würzburger Synode einzuberufen.¹⁷ Als dies nicht gelang, kehrte man zu den Diözesansynoden zurück: 1985/86 in Rottenburg-Stuttgart, 1989/90 in Hildesheim und 1990 in Augsburg. Die erste war ein grosser Erfolg, die beiden anderen führten zu Enttäuschungen, nachdem die Bischöfe von ihren Vetorechten Gebrauch gemacht hatten. In der Konsequenz wurden zunächst keine weiteren Synoden einberufen, sondern frei organisierte Gesprächsforen. Sie verfügten über mehr Gestaltungsfreiräume, weil es keinen kirchenrechtlichen Rahmen gab und weil die Erwartungen wesentlich geringer waren; darüber hinaus liessen sich die diözesanen Räte stärker einbeziehen. Für mehrere Probleme, die auf diese Weise zur Sprache kamen, waren die Bischöfe nicht zuständig und leiteten die Voten an die römische Kurie weiter. Die Bischofskongregation und die Kongregation für die Evangelisierung der Völker reagierten mit einer neuen Regelung des Synodenwesens und erliessen am 19. März 1997 eine entsprechende Instruktion. Darin ist hingewiesen auf die notwendige Stellung des Bischofs und des Klerus sowie auf deren Pflicht, gegen kirchenrechtswidrige Vorschläge einzuschreiten. Zurückgewiesen werden Vorstellungen von Gewaltenteilung und Demokratie: «Wer immer im gewissen Sinne versuchen sollte, die Synode als eine Art vorgebliche ›Vertretung des Volkes Gottes‹ dem Bischof gegenüberzustellen, stünde damit in der Tat der Einrichtung der innerkirchlichen Beziehungen entgegen.» Ausserdem wurde die Praxis der Vorschläge zuhanden der Kurie unterbunden: «Im Blick auf die Verbindung zwischen der Teilkirche mit ihrem Hirten und der Gesamtkirche mit dem Papst ist der Bischof verpflichtet, von den Synodalverhandlungen jene Gegenstände und Stellungnahmen auszuschliessen, welche von der immerwährenden Lehre der Kirche oder der Lehre der Päpste abweichen oder welche Disziplinfragen betreffen, die der höchsten oder einer anderen kirchlichen Behörde vorbehalten sind; im Besonderen gilt dies für Angelegenheiten, die so eingebracht werden, dass sie dem Heiligen Stuhl als ›Wünsche‹ unterbreitet werden sollen.»¹⁸

Mit der Revision des allgemeinen Kirchenrechtes im Jahr 1983 und der Instruktion von 1997 endete die Zeit der nachkonziliaren Synoden und Gesprächsforen. Wer heute mit historischem und kirchlichem Interesse die zugehörigen Akten und Berichte liest, sieht sich in eine andere Zeit versetzt: Es waren andere gesellschaftliche Verhältnisse, andere kirchliche Rahmenbedingungen, andere Sorgen und Erwartungen. Nach wie vor inspirierend wirken die damals zutage getretene Hoffnung auf die Etablierung partizipativer Entscheidungsfindung und der Optimismus der Beteiligten; eine neue Generation hat die Chance, diese inzwischen Geschichte gewordene Erfahrung von neuem ernst zu nehmen. *Markus Ries*

Firmspendung (Synodenbeschluss 11.4.9), die Fortbildung der Seelsorgenden (6.3.2.) oder die Anrechnung von Studensemestern für Theologie an anderskonfessionellen Fakultäten (8.3.2.). Nicht umgesetzt wurden (nur jeweils ein Beispiel): in der Verantwortung der Römischen Kurie der «Gesamtschweizerische Pastoralrat» (5.3.2), in der Verantwortung der Bischofskonferenz und Ordensoberen die Abschaffung der Aufsicht von Männern über Frauengemeinschaften (7.3.8.), in der Verantwortung der Bischöfe die Umbenennung der Ehegerichte (7.6.3.), in der Verantwortung der Pfarreien die Taufe im Gemeindegottesdienst (11.3.5), in der Verantwortung der Landeskirchen der überkantonale Finanzausgleich (4.6.2.). – Vgl. Belok, Die Synode 72 (wie Anm. 7), 41 f.

¹⁵ Zur historischen Einordnung vergleichbarer Phänomene: Thomas Maissen: Geschichte der Schweiz. Baden 2012, 308–310; Volker Reinhardt: Kleine Geschichte der Schweiz. München 2010, 156 f.

¹⁶ Rolf Weibel: Zur Beteiligung der Laien in der Kirche, in: Gregor Jäggi/Roger Ligginstorfer (Hrsg.): Bistum Basel 1828–2003. Porrentruy 2003, 173–186, hier: 181; Rolf Weibel: Die Konzilsrezeption in der Schweiz, in: Zeitschrift für Schweizerische Religions- und Kulturgeschichte 103 (2009), 265–272, hier: 269–271; Mariano Delgado, «Die grösste Arbeit aber steht erst noch bevor...». Zur aktuellen Lage der Konzilsrezeption unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz, in: Ulrich Gäbler (Hrsg.): Schweizer Kirchengeschichte – neu reflektiert. Bern 2011, 339–370, hier 351 f.

¹⁷ Zum Folgenden: Dominik Burkard: Diözesansynoden und synodenähnliche Foren sowie Kirchenvolksbegehren der letzten Jahrzehnte in den deutschsprachigen Ländern, in: Römische Quartalschrift 101 (2006), 113–140.

¹⁸ Instructio De Synodis dioecesis agendis, in: AAS 89 (1997), 706–727, hier: 709, 718.

JESUITENMISSION IN SÜDAMERIKA – UND IN LUZERN

Zur Jahrestagung 2012 des Vereins Jesuitica in Luzern

KIRCHEN-
GESCHICHTE

Der Verein Jesuitica mit Sitz in München wurde einst zur Pflege der historischen Erforschung des Jesuitenordens in Bayern gegründet. In einem späteren Schritt wurde der Rahmen auf den deutschen Sprachraum ausgeweitet. In den letzten Jahren hat der Verein aber in seiner Ausrichtung eine weitere Akzentverschiebung erfahren – bedingt durch nachrückende Jungakademiker, die sich in ihren Abschlussarbeiten mit der Missionsgeschichte der Gesellschaft Jesu beschäftigen. Damit kam auf neue Art ins Blickfeld, dass der Orden nicht erst im ausgehenden 20. Jahrhundert, sondern bereits in seinen Anfängen einem globalen Welt- und Kirchenbild folgte.

Dieser Wandel fand zum ersten Mal seinen sichtbaren Niederschlag in der Jahrestagung, die vom 9. bis 11. März 2012 in Luzern zum Thema «Jesuitenmission in Südamerika – Jesuiten in Luzern» stattfand. Der Titel möchte nicht nur der ursprünglichen und neuen Ausrichtung des Vereins gerecht werden. Die Tagungsleitung setzte es sich auch zum Ziel, herauszuarbeiten, dass in der Erforschung beider Bereiche gleiche Motive zum Vorschein kommen und Teile eines gegenseitigen Kulturtransfers waren, der die ganze Katholische Reform und insbesondere die Gesellschaft Jesu erfasste. Direktes Zeugnis dafür ist der Lateinamerikamissionar Hans Martin Schmid SJ (1694–1772). Geboren in Baar, besuchte er das Jesuitengymnasium in Luzern und wurde als junger Jesuit nach Lateinamerika geschickt, wo er im bolivianischen Tiefland als Architekt, Maler und Musiker wirkte, nach der Vertreibung der Jesuiten aus dem spanischen Lateinamerika 1768 nach Luzern zurückkehrte und seine letzten Lebensjahre im dortigen Kolleg verbrachte. Seine Kirchen erstrahlen in neuem Glanz und zählen zum Unesco-Weltkulturerbe. Seine Musik wird von Indios noch heute gespielt. Madonnenstatuen aus seinem Missionsgebiet zeigen auffallende Ähnlichkeiten mit dem Gnadenbild des Kapuzinerinnenklosters Gubel bei Menzingen. Ein anderes Beispiel brachte Johannes Meier, Professor für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte in Mainz, ein: Eine Kirche auf der chilenischen Insel Chiloé gleicht in auffallender Weise der Pfarrkirche von Ernen (VS) – und wurde in der Zeit gebaut, als Joseph Imhof SJ (1681–1736), geboren in Ernen, auf dieser Insel wirkte.

Organisiert wurde die Tagung von den beiden Lateinamerikaspezialisten Esther Schmid Heer und Eckart Kühne. Esther Schmid Heer hat an der Uni-

versität Zürich eine germanistische Dissertation über den «Paraquarischen Blumengarten», eine Beschreibung Paraguays des Südtiroler Jesuiten Anton Sepp SJ (1655–1733), den ersten längeren Bericht über die lateinamerikanischen Jesuitenmissionen in deutscher Sprache, verfasst. Eckart Kühne hat in Bolivien die Barockkirchen der einstigen Jesuitenreduktionen restauriert und darüber an der ETH doktoriert. Es sollen hier nicht alle 13 Referate einzeln vorgestellt werden. Dazu sei auf den umfassenden Tagungsbericht verwiesen, der in der nächsten Nummer der historischen Fachzeitschrift «Archivum Historicum Societatis Iesu» 161 (2012) erscheint. Zwei Punkte sollen in der Folge aber ausführlicher präsentiert werden.

Wahrnehmung und Historiografie

Fabian Fechner, Lehrbeauftragter am Seminar für Neuere Geschichte in Tübingen, gab einen Überblick über die Historiografie der Reduktionen von Paraguay. Gemeinhin werden diese heute noch unter der Frage wahrgenommen, ob sie das Zeugnis einer gelungenen Mission oder einer subversiven Verschwörung gegen die spanische Krone waren. Die Historiografie hat sich aber durch die Öffnung hin zur historischen Sozialgeschichtsschreibung entscheidend gewandelt und sich von diesem Deutungsmuster distanziert. Die reiche archivalische Überlieferung wurde nach neuen Kriterien ausgewertet, und man hat sich auch archäologischer Methoden bedient. Dabei nahm man den Indio vermehrt als Akteur ins Visier und erforschte neben den Guaranís andere Völker und deren Kulturen.

In diesem Zusammenhang ist der Beitrag von Esther Schmid Heer, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Provinzbibliothek der Schweizer Jesuiten in Zürich, zu sehen. Sie untersuchte in ihrer Dissertation den dynamischen und performativen Charakter der Texte Anton Sepps, wie diese eigentlich funktionierten. Die Referentin zeigte, wie die Anpassung an fremde Gegebenheiten ein zentrales Element in der Erzählung ist. Dabei findet das Verstehen des Anderen über das Erzählen vom Eigenen statt. Das verdeutlichte sie anhand der schwarzen Madonna von Altötting. Die Missionare verteilten gedruckte Andachtsbildchen von diesem Identifikationsmerkmal des bayerischen Barockkatholizismus. Indios und Negersklaven fanden wegen der dunklen Hautfarbe der Madonna eine Zuneigung und machten dieses Bild zu einem Proprium der Religion, die ihnen von

Der Historiker und Theologe Paul Oberholzer (Dr. phil. et lic. theol.) ist Mitglied des Historischen Instituts der Gesellschaft Jesu in Rom und Archivar / Bibliothekar der Schweizer Jesuitenprovinz.

den Jesuiten vermittelt wurde. Für beide Kulturen wurde so dasselbe Element identitätsstiftend.

«Unsere Indianer» – ein Topos jesuitischer Erziehung in Luzern

Heinz Sproll, Professor für Didaktik der Geschichte in Augsburg, griff den seit 1550 verwendeten Topos «unsere Indianer» als Bezeichnung für die zu missionierende Bevölkerung, zu der die Jesuiten geschickt worden waren, auf und zeigte, wie dieser im Jesuitenkolleg Luzern die Pädagogik bestimmt hatte. Sproll schickte voraus, dass der ganze Prozess der Konfessionalisierung nicht als unilaterales Programm der frühneuzeitlichen Herrschaft verstanden werden darf, sondern sich in einem komplexen Interaktionsprozess der Untertanen untereinander einerseits und zwischen den Obrigkeiten und den Untertanen andererseits abgespielt hatte. Sproll schloss hier an Schmid Heer an und betonte, dass die heutige Historiografie sich von der Offenheit für einen reziproken Austauschprozess zwischen Missionaren und Missionierenden leiten lassen muss, woraus hervorgeht, dass auf beiden Seiten ein umfassender Kulturwandel stattgefunden hatte. Die Jesuiten wandten den Topos «unsere Indianer» auch auf die im Glauben unsicher gewordenen Luzerner an. Der Provinzial ermahnte die ersten Jesuiten in Luzern, sich in ihrer Arbeit an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Überzeugungskraft lag für ihn nicht im besseren Argument, sondern im achtungsvollen Umgang. Der einzelne Jesuit musste dabei selbst einschätzen, wie er konkret in bestimmten Situationen kommunizierte, ihm war also ein erstaunlich grosser Handlungsspielraum beschieden. Dabei kam die Akkommodation ebenso zur Anwendung wie in China und Lateinamerika. Klagen über mangelnde Empathie der Jesuiten bestätigen nur die Hypothese eines Prozesses gegenseitigen Austauschs.

Im Unterricht sollten der Jugend kommunikative Kompetenzen für ihre künftigen Führungsaufgaben vermittelt werden. Gleichzeitig aber wurde darauf abgezielt, den Wahrnehmungshorizont auf aussereuropäische Kulturen hin zu weiten. Auf der Bühne wurden oft Theater mit japanischen oder chinesischen Themen zur Aufführung gebracht. Im frühen 18. Jahrhundert wurde bereits ein Geschichts- und Geografieunterricht eingeführt, der auch die fremden Kontinente beinhaltete. Sproll verortete in dieser Methode, die die Jesuiten bewusst durchgedacht hatten, die in den Gründungstexten der Gesellschaft Jesu festgelegten Maximen der Indifferenz und der «discreta caritas» zur Unterscheidung der Geister. Beides generierte eine Grunddisposition der Offenheit gegenüber dem anderen und dem Ausgang des angegangenen Prozesses. Sproll schloss so mit einem interessanten Blick auf die kulturelle und soziale Wirkungsgeschichte ignatianischen Schriftguts.

Dominik Sieber, Mitarbeiter bei der Sammlung Zurlauben in Aarau, beschäftigte sich in seiner Dissertation mit der Seelsorge der einfachen Bevölkerung durch die Jesuiten in Luzern. Ohne sich mit Heinz Sproll abgesprochen zu haben, konkretisierte er dessen Grundthese. Eingangs verwies er auf das Problem, dass die Quellen, die bisher zur Konfessionalisierung ausgewertet worden sind, weitgehend normativen Charakters sind und obrigkeitliche Wünsche zum Ausdruck bringen. Sieber wandte sich darum den «Litterae annuae» zu, die oft von konkreten Nöten der Menschen und von der Wirksamkeit von Beichte und Sakramentalien gegenüber diesen Nöten berichten. Die Jesuiten mussten sich zuerst mit den Bedürfnissen der Menschen in Luzern auseinandersetzen. Sakramentalien, wie zum Beispiel ein «Agnus Dei», wurden von der einfachen Bevölkerung wie ein Amulett wahrgenommen und verwendet. Damit konnten die Jesuiten mit den Angeboten von Gesundbetern konkurrieren. Die Grenze zwischen Sakramenten und Sakramentalien existierte folglich bei der Bevölkerung kaum, sie wurde aber auch von den Jesuiten bewusst verwischt, wobei das Ziel erhalten blieb, die Menschen zum Sakramentsempfang hinzuführen, worin sie sich von den Gesundbetern wieder klar unterschieden. Mit den Sakramentalien kamen die Jesuiten dem Wunsch nach handfester Alltagsbewältigung eher entgegen als mit den Sakramenten allein. Es bleibt Siebers Befund, dass die Katholische Reform in Luzern über diesen Weg Fuss fasste. Parallelen zur Mission der Indios in Lateinamerika werden damit offenkundig.

Erste Schweizer Tagung über Jesuiten

Bei diesem Kongress handelte es sich um die erste Tagung in der Schweiz, die sich ausschliesslich der Geschichte der Jesuiten widmete. Die Initiative ging von einer Germanistin und einem Architekturhistoriker aus. Von den 13 Referenten waren nur zwei Jesuiten, die Kirchenhistoriker bildeten eine klare Minderheit. Das ist ein klares Indiz dafür, dass die Geschichte der Gesellschaft Jesu, die lange nur von Jesuiten in apologetischer Weise und zu deren Identitätsfindung betrieben worden ist, in ihrer Bedeutung von den Kulturwissenschaften erkannt und in deren Disziplinen integriert worden ist. Die heutige Historiografie kann damit zu einem neuen Dialogfeld werden, in dem sich die profane Geschichtswissenschaft und die Kirche bzw. der Jesuitenorden gegenseitig bereichern können. Gelegenheit dazu wird in Zukunft sicher gegeben sein. Denn es ist damit zu rechnen, dass an deutschsprachigen Universitäten weitere Projekte lanciert werden. Zu hoffen ist nur, dass die Arbeiten dieser Nachwuchshistoriker im angloamerikanischen und spanischen Raum auch wahrgenommen werden, was bisher wegen der Sprachdifferenz zu wenig geschehen ist.

Paul Oberholzer

KIRCHEN-
GESCHICHTE

AMTLICHER TEIL

ALLE BISTÜMER

Bischof Markus Büchel zum Präsidenten der SBK gewählt

Mediencommuniqué der 297. Ordentlichen Versammlung der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) vom 3. bis zum 5. September 2012 in Bex (VD)

Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) hat sich vom 3. bis 5. September 2012 im Gästehaus La Pelouse bei Bex (VD) zur 297. Ordentlichen Versammlung getroffen. Die Mitglieder der Schweizer Bischofskonferenz haben den Bischof von St. Gallen, Markus Büchel, zum Präsidenten für die Amtsperiode 2013–2015 gewählt. Er ist derzeit Vizepräsident der SBK.

Der Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, Charles Morerod, wurde für die neue Amtsperiode zum Vizepräsidenten und Denis Theurillat, Weihbischof von Basel, zum dritten Mitglied des Präsidiums gewählt. Bischof Charles Morerod ist seit November 2011 Mitglied der SBK und neu im Präsidium. Weihbischof Denis Theurillat ist seit 2011 Mitglied des Präsidiums, wo er die Nachfolge des verstorbenen Bischofs Bernard Genoud übernommen hat.

Die dreijährige Amtsperiode des gegenwärtigen Präsidiums der SBK mit Bischof Norbert Brunner an der Spitze endet am 31. Dezember 2012.

Austausch über den Austritt aus staatskirchenrechtlichen Körperschaften

Die Bischöfe haben sich über den «partiellen Kirchenaustritt» ausgetauscht. Anlass dafür war das Bundesgerichtsurteil vom 9. Juli 2012 über einen «partiellen Kirchenaustritt» im Kanton Luzern. Das Gericht beanstandete, dass ein Gespräch der austrittswilligen Person mit dem Generalvikar des Bistums Basel zur Bedingung für das Zustandekommen des «partiellen Kirchenaustritts» gemacht worden war.

Mit «partiell Kirchenaustritt» meint das Bundesgericht den Fall, dass eine Person zwar aus der staatskirchenrechtlichen Körperschaft austritt, aber gleichzeitig «weiterhin der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft angehören will».

Das Bistum Basel ist derzeit daran, seine Richtlinien zum Umgang mit Personen, die sich von der Kirche abwenden oder aus der staatskirchenrechtlichen Körperschaft austreten, in Berücksichtigung des Bundes-

gerichtsurteils zu überprüfen. 2009 hatte die SBK Empfehlungen «zum Umgang mit Personen, die aus der staatskirchenrechtlichen Körperschaft austreten und erklären, dennoch katholische Gläubige bleiben zu wollen» angenommen. Inzwischen sind diese Empfehlungen überall dort, wo es staatskirchenrechtliche Körperschaften gibt, im Konsens mit diesen Körperschaften in die jeweiligen diözesanen Richtlinien übernommen worden.

Statistik 2011 «Sexuelle Übergriffe in der Pastoral»

Die SBK hat die Jahresstatistik 2011 «Sexuelle Übergriffe in der Pastoral» entgegengenommen. Im Berichtsjahr wurden den Bistümern 22 Opfer und 22 Täter gemeldet, von heute bis in die fünfziger Jahre zurückgehend. Zwei der Meldungen betreffen sexuelle Handlungen mit Kindern.

Immer noch melden sich Opfer von längst zurückliegenden Übergriffen, bei denen die Täter verstorben oder nicht mehr im priesterlichen Dienst stehen. Die Übergriffe aus der Gegenwart bewegen sich meistens im Bereich von sexueller Belästigung und Grenzüberschreitung. In mehr als einem Drittel der gemeldeten Fälle handelt es sich bei den Opfern der Übergriffe um erwachsene Frauen. Das Fachgremium «Sexuelle Übergriffe in der Pastoral», das die Statistik erstellt hat, stellt fest, dass die Sensibilität gegenüber Grenzüberschreitungen in der Seelsorge gestiegen ist. Bereits kleine Verfehlungen werden wahrgenommen und gemeldet. Es gilt nach Überzeugung der Bischöfe weiterhin das Bewusstsein der Seelsorgenden zu fördern: Prävention, Ausbildung und Fortbildung.

Die Jenischen sind eine nationale Minderheit der Schweiz

Die Bischöfe erinnern daran, dass zur Schweiz auch die gesetzlich anerkannte nationale Minderheit der Jenischen gehört. Für sie besteht eine eigene katholische Seelsorge. Die Jenischen sowie die Manuschi mit Schweizer Nationalität sind auf genügend Standplätze angewiesen. Diese sind nicht zu verwechseln mit den Rastplätzen für die Fahrenden auf Durchreise in unserem Land. Die Bischöfe nehmen die bedauerlichen Vorfälle, die sich Ende Juli in Muraz (VS) ereignet haben, mit Sorge zu Kenntnis, namentlich das anstössige Verhalten der aus dem Ausland angereisten Fahrenden und

die Schwierigkeiten der Behörden, einzugreifen. Situationen wie diese können die Feindseligkeit gegen die schweizerischen Fahrenden und die Fremdenfeindlichkeit gegen Fahrende aus dem Ausland stärken.

Reorganisation des Generalsekretariats und der Kommissionen

Im Rahmen der Reorganisation des Sekretariats und der Kommissionen am Sitz der SBK in Freiburg sind die ersten der ausgeschriebenen Stellen besetzt worden. Die Bischöfe bestätigen *Walter Müller* als Informationsbeauftragten der SBK (deutschsprachig) und *Simon Spengler* als Geschäftsführenden Sekretär der Kommission für Kommunikation und Medien. Sie ernennen *Abbé Nicolas Betticher* zum Informationsbeauftragten im Teilamt (französischsprachig).

Weitere Stellen des Generalsekretariats werden in den kommenden Wochen und Monaten besetzt. Gleiches gilt für die Stellen der Kommissionssekretariate. Dort geschieht dies in Absprache mit den betreffenden Kommissionen.

Bischofssynode

Vom 7. bis 28. Oktober 2012 findet in Rom die Bischofssynode zum Thema «Die neue Evangelisierung für die Weitergabe des christlichen Glaubens» statt. Die Mitglieder der SBK besprachen mit Bischof Felix Gmür, der sie an der Synode vertritt, die Anliegen für diese Bischofsversammlung.

Begegnungen

– Der Apostolische Nuntius in der Schweiz, Erzbischof Diego Causero, hat der Versammlung der Bischofskonferenz einen freundschaftlichen Besuch abgestattet. Er war begleitet von seinem Mitarbeiter *Abbé Nicolas Betticher*.

– Der Apostolische Nuntius und Ständige Beobachter bei den Vereinten Nationen in Genf, Erzbischof Silvano Maria Tomasi, stellte den Bischöfen die Stiftung «Caritas in Veritate» vor. Er wurde begleitet von Professor Mathias Nebel. Zweck der Stiftung ist, die Werte des Evangeliums und der Soziallehre der römisch-katholischen Kirche im Kontext der multilateralen Diplomatie zu vertreten und entsprechende Vorschläge und Positionen bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf zu unterstützen.

– Die Bischofskonferenz traf mit *Diakon Martin Brunner-Artho*, Direktor von *Missio Schweiz*, zu einem Austausch zusammen. *Missio Schweiz* ist Teil des weltweiten kirchlichen Solidaritätsnetzes der Päpstlichen Missionswerke, die in 110 Ländern Projekte unterstützen.

– Die Bischöfe begaben sich am Abend des zweiten Tages nach Saint-Maurice, wo sie das Konventamt der Abtei mitfeierten. Anschliessend waren sie von den Chorherren von Saint-Maurice zu einem Abendessen eingeladen.

Ernennungen

Die Schweizer Bischofskonferenz ernennt:
– *Astrid Kaptijn*, Professorin für Kirchenrecht an der Theologischen Fakultät Freiburg (Schweiz), und *Pater Vinson Joseph MST*, lic. iur. can., Freiburg, zu Richtern des Interdiözesanen kirchlichen Gerichts,
– Nationalrat *Stefan Müller-Altermatt*, Herbetwil (SO), zum Mitglied der Bioethikkommission.

Bex, 5. September 2012

Walter Müller, Informationsbeauftragter SBK

BISTUM BASEL

Missio canonica

Diözesanbischof Dr. Felix Gmür erteilte die *Missio canonica per I.* September 2012 an: *Stefan Essig* als Mitarbeitender Priester mit Pfarrverantwortung der Pfarrei St. Verena Koblenz (AG); *Daniel Kyburz-Erne* als Gemeindeleiter ad interim der Pfarreien St. Johannes Döttingen (AG) und St. Verena Koblenz (AG); Dr. *Regina Postner* als Gemeindeleiterin ad interim der Pfarrei St. Nikolaus Brugg (AG).

BISTUM CHUR

Freiheit der Gläubigen und Freiheit der Kirche

Stellungnahme des Bischofs von Chur zum Bundesgerichtsurteil vom 9. Juli 2012 und zu damit zusammenhängenden Fragen

In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind viele Gläubige in unserem Bistum aus den staatskirchenrechtlichen Organisationen («Landeskirchen» und Kirchgemeinden) ausgetreten. Die Gründe dafür waren verschieden. Insbesondere bei Gläubigen, die erklärtermassen ihre volle Gemeinschaft mit der Kirche beibehalten wollten, lag der Austrittsgrund in bisweilen problematischen Verhaltensweisen staatskirchenrechtlicher Organisationen.

Das Bundesgerichtsurteil vom 9. Juli 2012 betont, dass ein Austritt aus einer staats-

kirchenrechtlichen Körperschaft jederzeit ohne Angabe von Gründen rechtens ist. Ein Austritt ist ebenso zulässig, wenn er allein deshalb erfolgt, um Steuern zu sparen. Wie auch die Römisch-katholische Zentralkonferenz der Schweiz (RKZ, nationaler Zusammenschluss der «Landeskirchen») betont, wäre ein solcher Austritt aus der Körperschaft nur dann rechtsmissbräuchlich, wenn die austretende Person die von der «Landeskirche» bzw. Kirchgemeinde finanzierten Leistungen weiterhin uneingeschränkt beansprucht. Zugleich aber rechnet das Bundesgericht damit, dass Gläubige in anderer Weise als durch die Zahlung von Kirchensteuern das kirchliche Wirken unterstützen können. Dann erschiene der Vorwurf «rechtsmissbräuchlich» als unberechtigt.

So halte ich fest: Die Gemeinschaft mit der katholischen Kirche ist an kein Finanzierungssystem gebunden. Voll in der Gemeinschaft der katholischen Kirche stehen jene Gläubigen, die verbunden sind mit Jesus Christus im Glaubensbekenntnis, in den Sakramenten und in der Einheit mit der kirchlichen Leitung (vgl. CIC, c. 205). Auch wenn das Kirchenrecht von einer Verpflichtung der Gläubigen zu materieller Solidarität spricht (vgl. c. 222 § 1), bleibt die Art und Weise, wie diese geübt wird, dem freien Ermessen überlassen. So ist, wie bereits die «Synode 72» betont hat, die an die Kirchgemeinde entrichtete Steuer eine Form der Konkretisierung materieller Solidarität mit der Kirche, was auch ich als Diözesanbischof anerkenne. Da die Kirche ihren Gläubigen aber keine konkrete Form der Unterstützung vorschreibt, kann die erwähnte Steuer nicht die einzige Form sein, die materielle Solidarität mit der Kirche zu leben. Deshalb darf man die Entrichtung einer Steuer auch nicht zum zwingenden Erfordernis für die volle Zugehörigkeit zur katholischen Kirche machen oder in Misstrauen erweckender Weise die Unterstützung der Kirche seitens der Gläubigen kontrollieren. Kirchliches Selbstverständnis und bundesgerichtliche Rechtsprechung stehen hier im Einklang. Beide gehen von der Freiheit der Gläubigen aus, ihre Form der Solidarität selber wählen zu können, sowie von der Freiheit der Kirche, die Anerkennung der vollen Zugehörigkeit zur katholischen Kirche von keinem konkreten Finanzierungsmodell abhängig machen zu müssen.

Bereits im Jahr 2009 hat das Bistum Chur in Absprache mit den kantonalen staatskirchenrechtlichen Körperschaften einen Solidaritätsfonds eingerichtet, um Gläubigen, die aus den staatskirchenrechtlichen Organisationen ausgetreten sind, die Möglichkeit zu geben, ihre materielle Solidarität

weiterhin nach freiem Ermessen zu leben. Der Fonds nimmt Spenden von Gläubigen entgegen, die trotz des Austritts aus den staatskirchenrechtlichen Organisationen erklären, katholische Gläubige bleiben zu wollen.

Gemäss c. 1261 § 2 ist der Diözesanbischof gehalten, die Gläubigen an ihre Verpflichtung zur materiellen Solidarität mit der Kirche zu erinnern. Dies möchte ich tun, indem ich neben der Praxis der Kirchensteuer die Gläubigen, welche aus den staatskirchenrechtlichen Körperschaften ausgetreten sind und aktiv am Leben der Kirche teilnehmen, auf den diözesanen Solidaritätsfonds hinweise (Diözesaner Solidaritätsfonds, Hof 19, 7000 Chur). Jeder Beitrag wird verdankt zusammen mit der Bestätigung, die Kirche materiell unterstützt zu haben. So kann nicht mehr der falsche Eindruck entstehen, die Gläubigen würden sich ihrer Freiheit in einem missbräuchlichen Sinn bedienen. Über die Tätigkeit des Solidaritätsfonds und über die Verwendung der Mittel wird zukünftig jährlich öffentlich informiert werden.

Ich danke allen Gläubigen, welche in den Pfarreien und Gemeinschaften unserer Diözese sowie in ihrem konkreten Alltag die Kirche durch ihr tätiges Christsein aufbauen sowie auch in materieller Hinsicht unterstützen, und grüsse Sie herzlich, verbunden mit meinen besten Segenswünschen.

Chur, 22. August 2012

+ *Vitus Huonder*, Bischof von Chur

BISTUM LAUSANNE, GENÈVE UND FREIBURG

Ernennungen

Bischof Charles Morerod OP, Ordinarius des Bistums Lausanne, Genf und Freiburg, ernannte kürzlich (in alphabet. Reihenfolge): Frau *Brigitta Aebischer* zur Pfarreibeauftragten Bezugsperson für die Pfarrei Schmitten zu 60 Prozent; Pfarrer *Linus Auderset* zum Spitalseelsorger in Tavers zu 10 Prozent; Frau *Bettina Gruber Haberditz* zur Pastoralassistentin in der Pfarreiseelsorge Freiburg Stadt und Umgebung zu 55 Prozent; Frau *Anita Imwinkelried* zur Pfarreibeauftragten Bezugsperson für die Pfarrei Bösinggen zu 70 Prozent; Domherr *Thomas Perler* zum priesterlichen Mitarbeiter für die Pfarrei Murten; Pfarrer *Bernard Schubiger* zum Pfarrer in Murten.

Die Bischöfliche Kanzlei

Niederöst AG
4663 Aarburg
Fon 062 791 41 50
niederost@fganet.ch
www.niederostag.ch




niederöst

Ruedi Moor
Restaurator

Michael Niederöst
dipl. Restaurator VSSM

Carolina Frank
Master- + VSSM-Diplom
Konservatorin-Restauratorin

Atelier für Restaurierungen

Autoren dieser Nummer

P. Dr. Paul Oberholzer SJ
Borgo S. Spirito 4, I-00193 Roma
paul.oberholzer@jesuiten.org
Dr. Thomas Philipp
Katholische Hochschuleseelsorge
Alpeneggstrasse 5, 3012 Bern
thomas.philipp@aki-unibe.ch
Prof. Dr. Markus Ries
Universität Luzern, Frohburgstr. 3,
Postfach, 6002 Luzern
markus.ries@unilu.ch
Peter Zürrn, dipl. theol. et dipl. päd.
BPA, Bederstrasse 76, 8002 Zürich
peter.zuerrn@bibelwerk.ch

Schweizerische Kirchenzeitung

Fachzeitschrift für Theologie
und Seelsorge / Amtliches Organ

Redaktion

Maihofstrasse 76, 6002 Luzern
Telefon 041 429 53 27
E-Mail skzredaktion@lzmedien.ch
www.kirchenzeitung.ch

Redaktionsleiter

Dr. Urban Fink-Wagner EMBA

Herausgeberin

Deutscheschweizerische
Ordinarienkonferenz (DOK)

Stellen-Inserate

Telefon 041 767 79 03
E-Mail skzinserte@lzfachverlag.ch

Kommerzielle Inserate

Telefon 041 370 38 83
E-Mail hj.ottenbacher@gmx.net

Abonnemente

Telefon 041 767 10 10
E-Mail skzabo@lzfachverlag.ch

*Redaktionsschluss und Schluss der Inseraten-
annahme: Freitag der Vorwoche, 12.00 Uhr.
Das vollständige Impressum erscheint jeweils in
der ersten SKZ-Nummer jeden Monats.*

Kipa-Woche als SKZ-Beilage

Redaktionelle Verantwortung:
Redaktion Kipa, Bederstrasse 76
Postfach, 8027 Zürich
E-Mail kipa@kipa-apic.ch



Schweizer Institut für **ILE**
Logotherapie und Existenzanalyse

Logotherapie-Ausbildung

Logotherapie ist eine sinnzentrierte Psychotherapie, begründet durch den Psychiater und Neurologen Prof. Dr. med. et phil. Viktor E. Frankl. Sie bezieht neben dem Psychophysikum besonders die geistige Dimension des Menschen mit ein.

Ausbildung in logotherapeutischer Beratung und Begleitung

- 4 Jahre berufsbegleitend
- für Personen aus sozialen, pädagogischen und pflegerischen Berufen
- vom Bundesamt für Bildung und Technologie (BBT) anerkanntes Nachdiplomstudium Höhere Fachschule

Integrale Fachausbildung in Psychotherapie

- 5 Jahre berufsbegleitend
- für Psychologen/Psychologinnen sowie Absolventen/Absolventinnen anderer akademischer Hochschulstudien der Human- und Sozialwissenschaften
- von der Schweizer Charta für Psychotherapie anerkannt

Weiterbildung Facharzt/Fachärztin für Psychiatrie/Psychotherapie

- 3 Jahre berufsbegleitend
- von der SGPP (Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie) anerkannt

Weitere Ausbildungsangebote unter www.logotherapie.ch

Nächster Ausbildungsbeginn:

12. Januar 2013

Institutsleitung: Dr. phil. Giosch Albrecht

Freifeldstrasse 27, CH-7000 Chur

Tel. 081 250 50 83, info@logotherapie.ch, www.logotherapie.ch

Helfen Sie mit

...Frauenprojekte in Afrika, Asien
und Lateinamerika zu unterstützen.
Postkonto **60-21609-0**



Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF
Burgerstrasse 17, 6000 Luzern 7
Tel 041-226 02 25, www.frauenbund.ch

Gratisinserat



Schweizer
**Opferlichte
EREMITA**
direkt vom
Hersteller

- in umweltfreundlichen Bechern
– kein PVC
- in den Farben: rot, honig, weiss
- mehrmals verwendbar, preisgünstig
- rauchfrei, gute Brenneigenschaften
- prompte Lieferung

LIENERT-KERZEN AG
Kerzenfabrik, 8840 Einsiedeln
Tel. 055/412 23 81
Fax 055/412 88 14

LIENERT KERZEN

Versilbern Vergolden Reparieren Restaurieren



Ihre wertvollen und antiken Messkelche, Vortragskreuze, Tabernakel, Ewiglichtampeln und Altarleuchter restaurieren wir stilgerecht und mit grossem fachmännischem Können.

SILBAG AG

Grossmatte-Ost 24 · 6014 Luzern
Tel. 041 259 43 43 · Fax 041 259 43 44
e-mail info@silbag.ch · www.silbag.ch